275. Donnerstag den 22. November 1860. 275.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Nov. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Konsul in Moskau, Kaiserlich russischen Kommerzienrath Rosenstrauch, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Land- und Stadtgerichts-Kanzlei-Inspektor a. D. Wildenow zu Alt-Schöneberg im Kreise Teltow, und dem Kassen-Sekretär Wolff bei der Staatsschulden-Tilgungs-Kasse zu Berlin, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner dem Major von Ploetz, à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Anhalt-Dessau Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Gesammt-Haus-Ordens Albrechts des Bären, und dem Sekonde-Lieutenant Grafen von Haeseler vom Regiment der Gardes du Corps, zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Großherzoglich Luxemburgschen Ordens der Eichenkrone zu ertheilen.

Dem beim Bau der Rhein-Nahe-Eisenbahn beschäftigt gewesenen Kreisbaumeister Fischer zu Kreuznach ist die Kreisbaumeisterstelle zu Naugard verliehen worden. Der Baumeister Wilberg zu Nieder-Finow ist zum Königlichen Wasserbaumeister ernannt und demselben die Wasserbaumeisterstelle zu Lenzen verliehen worden.

Angekommen: Se. Exzellenz der Chef der Marine-Verwaltung, Vize-Admiral Schröder, von der Rheinprovinz.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Mittwoch 21. Nov. „Daily News“ theilen mit, daß ein Artikel des englisch-französischen Handelsvertrages die Einfuhr von australischer Wolle und von Hanf aus dem großbritannischen Indien auf englischen Schiffen ohne Differenzialzölle gestatte.

Turin, Mittwoch 21. Nov. Sicherem Vernehmen nach wird keine Anleihe kontrahirt werden.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel bezeigte die dortige Geistlichkeit dem Könige Victor Emanuel ihre Ehrfurcht.

Rom, Mittwoch 21. Nov. Die verwittwete Königin von Neapel ist mit ihren Kindern hier eingetroffen. Die junge Königin ist in Gaëta geblieben. — Die Franzosen werden Terracina besetzen.

(Eingeg. 22. November 8 Uhr Vormittags.)

CH Posen, 22. November.

Nicht alle Vorschläge zur Umgestaltung des deutschen Bundes können wir als Reformen gelten lassen und am allerwenigsten diejenigen, welche Herr Konstantin Frantz in seiner Schrift: „Dreiunddreißig Sätze vom deutschen Bunde“ befürwortet. Wir haben schon früher (s. Nr. 271) bemerkt, daß der Verfasser in der Unklarheit über die Ursachen der Bundesmisere verharrt, wenn er nur die mangelnde Aktion des Bundestages beklagt, ohne hier wieder auf die weiteren Quellen des Uebels zurückzugehen, welche wir unsererseits vorzugsweise in der Zwietracht der leitenden Kräfte und in dem Mangel eines bestimmten Programms gefunden haben. Bleiben wir aber selbst bei dem einen Symptom der Bundeskrankheit, der mangelnden Aktion, stehen und geben wir zu, daß eine richtig organisirte Zentralgewalt geeignet sei, eine schnellere und kraftvollere Bewegung des vielgliedrigen Körpers zu bewirken, so haben wir die Frage zu prüfen, ob eine Exekutivkommission, in welcher nach den Ideen des Herrn Konstantin Frantz ein dritter Bundesstaat mit Preußen und Oestreich die entscheidende Macht theilen soll, wirklich im Stande ist, die vorhandenen Uebel zu beseitigen, und dafür zu bürgen, daß Deutschland in allen wichtigen Fragen mit dem Nachdruck einmüthigen Beschlusses und mit dem Vollgewicht seiner Kraft eintrete.

Nicht zufällig ist es, daß der Gedanke einer Trias, d. h. einer Dreitheilung der Bundesgewalt, fast überall in Deutschland, wenn wir von den diplomatischen Kanzleien einiger Regierungen und von dem Schreibtisch einiger gegen den Strom schwimmenden Publizisten absehen, auf entschiedene Abneigung stößt. Der Vorschlag entspringt aus der abstrakt mathematischen Auffassung, daß es einer ungleichen Zahl bedarf, um bei der Theilung eine Mehrheit zu erzielen, oder mit anderen Worten, daß man bei dem Streit zweier Theile den schiedsrichterlichen Spruch eines Dritten anrufen muß. Aber das Projekt verliert die wirklichen Verhältnisse mit ihren unzerstörbaren Eigenthümlichkeiten und ihren unbestreitbaren Rechten völlig aus den Augen. Zunächst verlangt der Verfasser, daß Preußen und Oestreich von ihrer wohlerworbenen und allseitig anerkannten europäischen Großmachtstellung herabsteigen, um durch ihre Hingebung Deutschland zur Großmacht zu erheben. Wir nehmen den Entsagungsakt als unterzeichnet an und wollen uns einstweilen nicht mit der Frage beunruhigen, ob die Umwandlung sich thatsächlich schon durch einfachen Beschluß vollziehen läßt und ob sie in europäischen Konferenzen nicht schon das äußere Stimmenverhältniß zum Nachtheil Deutschlands abändert. Es folgt der zweite schwierigere Akt: ein dritter Bundesstaat muß zur deutschen Großmacht, d. h. neben Preußen und Oestreich zur entscheidenden Macht im deutschen Bunde, erhoben werden. Wenn es schon schwere Bedenken hat, europäische Großmächte zu degradiren, so ist es noch viel gewagter, kleinere Staaten mit einer Macht zu bekleiden, welche in den realen Verhältnissen keine hinlängliche Grundlage findet. Die einzelnen Bundesglieder widerstreben schon kraft ihres Selbstgefühls der Unterordnung unter Preußen oder Oestreich: wie wild würde die Flamme der Zwietracht auflodern, wenn die Gesammtheit der kleinen Staaten aufgefordert würde, Bayern oder Württemberg, Sachsen oder Hannover als Vormund und Führer anzuerkennen! Und wie wäre nun die Stellung dieser dritten Obmacht? Nach unten einer gesicherten Basis entbehrend, soll sie doch nach oben den Ausschlag gegen eine wirkliche Großmacht geben. Von zwei mißlichen Fällen wird immer der eine eintreten. Entweder die Obmacht wird nach einer gewissen Unbefangenheit und Selbständigkeit streben, und dann wird sie bei völlig unzulänglichem Einfluß nur die Zersplitterung vermehren. Oder aber sie wird durch ihre Stimme das Gewicht der einen Großmacht verstärken, und dann eine Mehrheit herstellen, welche die zweite Großmacht zu einem Scheinwesen herabsetzt, wenn diese nicht ihre Selbständigkeit durch offenen Widerstand zu retten sucht. Blicken wir auf die Vergangenheit des deutschen Bundes, so muß uns klar werden, welche Gefahren der zweite Fall in sich birgt. Oestreich hat es meisterhaft verstanden, die Kleinstaaten an seine Politik zu knüpfen, weil es durch zähen Widerstand gegen jede Reform ihnen die Fortdauer des behaglichen status quo verbürgte. An dieser offenen oder geheimen Koalition scheiterten bisher alle reformatorischen Bestrebungen, welche von Preußen her in Gang gebracht wurden. Das deutsche Volk ist einsichtig genug, um zu begreifen, daß die Bundestrias nichts Anderes bedeutet, als ein System, welches die östreichische Politik durch eine Trabantengewalt zur gesetzlich herrschenden macht und Preußen alle Mittel zur Erfüllung seines Berufes entzieht.

Sagen wir es daher offen: Vor der Triasidee verdient selbst die jetzige Bundesverfassung den Vorzug. Sie wahrt wenigstens Preußen die Stellung als souveräne Großmacht, vermöge deren es vielfach durch seinen Widerstand Verderbliches abwehren kann, wenn auch seine positive Thätigkeit gelähmt wird. Sie läßt wenigstens der realen Macht einen gewissen Spielraum, bis der Zeitpunkt herankommt, welcher beweisen wird, daß sie allein Deutschland retten kann.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 21. November. [Stand der dänisch-deutschen Frage; die kommissarischen Berathungen über die Würzburger Vorschläge; Minister-Verantwortlichkeit.] Jüngst habe ich Ihnen berichtet, daß man von einer Kollektivschrift der vier Großmächte außer Frankreich in der dänisch-deutschen Streitfrage hier keine Kenntniß hat und daß Preußen keineswegs geneigt ist, die Einmischung der fremden Mächte in eine rein deutsche Angelegenheit zu dulden, geschweige denn zu fördern. Jetzt erfährt man, was möglicher Weise zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben haben kann. Preußen und Oestreich, als die natürlichen und speziell beauftragten Vertreter des deutschen Bundes, hatten sich schon vor einiger Zeit mit dem Kopenhagener Kabinet in Verbindung gesetzt, um in Betreff des Rechtes der holsteinschen Stände auf Mitwirkung bei Feststellung des Budgets für Holstein bündige Zusicherungen zu erlangen. Da von Seiten Dänemarks nur ausweichende und unbefriedigende Rückäußerungen eingingen, so haben jüngst die beiden deutschen Großmächte in wesentlich gleichlautenden Depeschen ihre Vorstellungen mit einem Nachdruck ernenert, welcher ihrer Kundgebung den Charakter eines Ultimatums verleiht. Sie haben nämlich erklärt, daß Dänemark verbunden sei, über den Erlaß des Finanzgesetzes eine Vereinbarung mit den Ständen herbeizuführen. Wenn diese nicht erzielt werde, so bleibe nur übrig, das Bundes-Exekutionsverfahren nach dem von Oldenburg gestellten Antrage schleunig in das Werk zu setzen. Ob noch von anderer Seite her, etwa von Petersburg aus, Schritte geschehen sind, um Dänemark zur Nachgiebigkeit zu bewegen, läßt sich zur Stunde nicht mit Bestimmtheit nachweisen. — Die kommissarischen Berathungen über die Würzburger Konvention, welche zwischen Preußen und Oestreich verabredet worden sind, werden hier in Berlin stattfinden, und man erwartet daher nächstens die Ankunft der von Seiten Oestreichs beauftragten Offiziere. Als Bevollmächtigter Preußens wird in erster Linie der Chef des Generalstabes der Armee, General v. Moltke, bezeichnet. Da bisher zwischen Berlin und Wien nur über die Formfragen der Konferenz verhandelt worden ist, so liegen noch keine bestimmten Angaben über das Programm der beiden Regierungen vor. Doch ist es keinem Zweifel unterworfen, daß Preußen unter Abweisung der Würzburger Gegenvorschläge den Anschluß der kleineren Bundeskontingente an die Heeresmassen der beiden Großmächte als eine für die wirksame Vertheidigung Deutschlands unumgängliche Maaßregel festhält. — Die wiederholt auftauchenden Gerüchte, welche von Zwistigkeiten des Staatsministeriums über ein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz melden, sind aus der Luft gegriffeu. Die Frage hat noch gar nicht zur ministeriellen Berathung gestanden, und konnte daher noch viel weniger zu ernsten Zerwürfnissen führen.

☾ Berlin, 21. Nov. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Heute Mittag begaben sich der Prinz-Regent, die sämmtlichen hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses, sowie die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, der Prinz August von Württemberg, die beiden hessischen Prinzen und andere fürstliche Personen in das Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm und machten seiner Gemahlin, die heute ihren 20. Geburtstag feiert, einen Gratulationsbesuch. Nachmittags war zur Feier des Tages beim Prinzen Friedrich Wilhelm Familientafel, bei der jedoch die Frau Großherzogin nicht erschien, da sie sich schon zur Königin nach Schloß Sanssouci zurückbegeben hatte. Heute Abend trifft die hohe Frau von dort wieder hier ein, um die Frau Prinzessin von Preußen heute Abend bei ihrer Ankunft von Düsseldorf zu begrüßen, und wird dann morgen früh nach Schwerin zurückreisen. — Der Prinz-Regent arbeitete heute Morgen mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und Graf v. Schwerin, und ließ sich dann von dem Geheimrath Illaire und dem General v. Manteuffel Vortrag halten. Um 11 Uhr war unter dem Vorsitz des Fürsten von Hohenzollern Ministerrath, der bis ½4 Uhr Nachmittags dauerte. In diesen Sitzungen sind Kammervorlagen Gegenstand der Berathung. — Morgen Abend reist der Prinz Ludwig von Hessen und bei Rhein, der sich bereits heute am Hofe verabschiedet hat, nach London ab, um sich mit der Prinzessin Alice zu verloben. — In Lissabon soll eine Doppelverlobung gefeiert werden. Der Erbprinz Leopold verlobt sich nämlich mit der Schwester des Königs Dom Pedro V., und dieser mit der jüngsten und jetzt noch einzigen Tochter des Fürsten von Hohenzollern, der Prinzessin Marie, geb. 17. Nov. 1845. — Der Prozeß Tichy-Stieber, der jetzt in 2. Instanz vor dem Kammergericht verhandelt wird, hat die Staatsanwaltschaft sowohl, wie den Angeklagten Stieber zu Expektorationen veranlaßt, die man hier sehr bedauert, weil sie alte Sünden aufdecken und unsere Verwaltung dem Auslande gegenüber bloßstellen. Die „Times“ wird mit einer gewissen Schadenfreude diesen Prozeß ihren Lesern vorführen. Das Urtheil soll erst am Freitag gesprochen werden. Ob dasselbe dem Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß lauten wird, kann noch Niemand wissen. Der Antrag des Oberstaatsanwalts lautet nämlich gegen den Angeklagten Tichy auf 2 Monate, gegen Dr. Stieber auf 1 Jahr Gefängniß und Unfähigkeit zu öffentlichen Aemtern während der Dauer eines Jahres. — Der brasilianische Gesandte, Chevalier d'Aranjo, hat heute ein diplomatisches Diner gegeben, zu dem auch der Minister v. Schleinitz Einladung erhalten hatte. — Die Mitglieder des diplomatischen Korps werden dem englischen Gesandten, Lord Bloomfield, bevor er sich als Botschafter nach Wien begiebt, solenne Abschiedsdiners geben. — Die transportablen Oefen im Schlosse Sanssouci haben der Großherzogin Mutter so gefallen, daß sie die Feilner'sche Fabrik beauftragt hat, ihr einen solchen nach Schwerin zu liefern. Der Ofen ist bereits fertig und geht in diesen Tagen nach Schwerin ab. Diese Oefen ruhen auf 4 Rädern, die mit einer Papiermasse überzogen sind, so daß ihre Bewegung durchaus kein Geräusch verursacht.

*** Berlin, 21. Nov. [Die venetianische Frage.] In diplomatischen, wie in politischen Kreisen beschäftigt man sich, so weit die dänische und die hessische Frage noch Zeit dazu lassen, vorzugsweise mit Venetien. Man sucht hin und her, um die beste Kombination aufzufinden, welche Oestreich dazu bewegen könnte, auf die italienische Provinz zu verzichten, ohne noch einmal das Schwert aus der Scheide ziehen zu müssen. Man kommt immer wieder auf die zwei Wege zurück: Kompensation oder Verkauf. Was die Kompensation betrifft, so könnte sie Oestreich nur in den Donaugegenden geboten werden, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß Oestreich vielleicht nicht abgeneigt wäre, auf den Tausch einzugehen, daß auch England und Frankreich nichts dagegen haben würden, wenn die italienische Frage auf diese Weise ihre friedliche Lösung erhielte. Rußland allein widersetzt sich noch fortdauernd der Ausdehnung von Oestreichs Einfluß in jenen Gegenden. Wir glauben aber, daß der Fürst Gortschakoff diesen Widerstand sofort aufgeben würde, wenn ein starkes, lebensfähiges Königreich Griechenland gleichzeitig mit Erweiterung der Grenzen Oestreichs von Europa zu bilden beschlossen wird. Auch Preußen und mit Preußen Deutschland werden diesem Auskunftsmittel ihre Zustimmung nicht versagen können; es wird nur darauf ankommen, daß das Königreich Italien im Stände wäre, dem deutschen Bunde bindende Garantien dafür zu geben, daß die Bundesgrenze, daß Tirol respektirt bleibe. Der Verkauf Venetiens für 500 Mill. Gulden wird schwieriger von Oestreich zu erlangen sein, obgleich einige Mächte für diesen Modus sich sehr interessiren.

— [Das Befinden Sr. Maj. des Königs] in den letzten 14 Tagen kann, den Umständen nach, befriedigend genannt werden. Seit dem Unwohlsein, welches Se. Maj. in den ersten Tagen des Monats befallen hatte, hat sich Allerhöchstderselbe allmälig täglich erholt; die Anzeichen dieses Unwohlseins sind zurückgetreten, Schlaf und Appetit sind wiedergekehrt und Se. Majestät sind, obgleich mehrfach still und schweigsam, doch sichtlich theilnehmend. Nachdem schon am 7. Nov. wieder der Genuß der freien Luft gestattet war, hat man seit einigen Tagen auch wieder die weiteren Promenaden im Wagen unternehmen können, bei welcher Gelegenheit Se. Maj. häufig die neue Orangerie besucht.

— [Ministerialverfügung über den Bau von Schornsteinen.] Der „St. A.“ veröffentlicht die nachstehende, unterm 15. Sept. an die k. Regierungen ergangene ministerielle Zirkularverfügung: „Ueber die in dem Bericht vom 10. Okt. v. J. verhandelte Frage über die unbedingte Aufrechthaltung der Bestimmung der von der k. Regierung unterm 27. März 1857 erlassenen Baupolizeiordnung, wonach besteigbare Schornsteine stets massiv und zwar von gebrannten Ziegelsteinen anzulegen, ist nach Vernehmung sämmtlicher k. Regierungen das Gutachten der k. technischen Baudeputation erfordert worden. Dieses Gutachten spricht sich für die Zulässigkeit der ausnahmsweisen Anwendung von Luftsteinen zu befahrbaren Schornsteinen einstöckiger Gebäude auf dem platten Lande unter der Bedingung aus, daß 1) solche Schornsteine nicht geschleift werden dürfen, 2) deren Fundamente 13 Zoll über dem Erdboden, in Niederungen über dem höchsten Wasser, deren Köpfe aber über dem Dache und noch bis wenigstens 3 Fuß unter der Dachfläche hinab aus gebrannten Ziegeln, resp. geeigneten festen Bruchsteinen und in Kalkmörtel hergestellt werden, 3) daß die aus Luftsteinen herzustellenden Wangen mindestens einen Stein (zehn Zoll) Stärke erhalten, und 4) daß zu den dabei vorkommenden Rauchmänteln keine Luftsteine, sondern nur gebrannte Ziegelsteine resp. geeignete feste Bruchsteine verwendet werden.

— [Die Einführung der Zivilehe.] Der „V. Z.“ ist folgende Erklärung zugegangen:

Bei dem bevorstehenden Zusammentritt des Landtages wird die Frage wegen Einführung der Zivilehe voraussichtlich von Neuem an denselben herantreten. Denn der Art. 19 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 bestimmt: „die Einführung der Zivilehe erfolgt nach Maaßgabe eines besonderen Gesetzes“ und der Anspruch auf dieselbe ist daher ein verfassungsmäßiges Recht des gesammten preußischen Volkes und der Erlaß des vorbehaltenen Gesetzes die unabweisbare Pflicht der legislatorischen Gewalten. Diese Pflicht wird um so

dringender, als das evangelische Kirchenregiment mit wenigen Ausnahmen fast allen aus nicht biblischen Gründen Geschiedenen, so wie Denjenigen, welche mit Mitgliedern der Dissidentengemeinden sich verheirathen wollen, die Trauung verweigert und somit vielen Personen, welche nach den Grundsätzen und Gesetzen des Staates zur Eingehung einer Ehe berechtigt sind, die Ausübung dieses Rechtes unmöglich macht. Wenn der Standpunkt, welchen die Kirche in dieser Beziehung einnimmt, mit Rücksicht auf den Art 15 der Verfassungs-Urkunde nicht bestritten werden kann, so ist es darum nicht minder gewiß, daß eine nicht geringe Anzahl von Staatsbürgern sich in Beziehung auf den Genuß ihrer staatsbürgerlichen Rechte in dem Zustande der Rechtsverweigerung befindet, daß viele dadurch aus der Kirche, viele ins Konkubinat getrieben werden. Die bisherigen Versuche der Staatsregierung, diese schreienden Mißstände durch Einführung der fakultativen Zivilehe aufzuheben, sind gescheitert. Man kann dies kaum beklagen, da sich die Erkenntniß täglich mehr Bahn bricht, daß dieselbe den Bedürfnissen und der Rechtsanschauung des Volkes, den Interessen des Staates wie der Kirche nur theilweise oder nur scheinbar entsprochen haben würde. Denn, während die Einführung der gleichfalls in Frage gekommenen sogenannten Nothzivilehe, indem sie nur den zur kirchlichen Trauung nicht Zugelassenen die Schließung der Ehe vor dem bürgerlichen Beamten gestattet, die davon Gebrauch Machenden besonders in kleineren Gemeinden unfehlbar der Mißachtung und Schande preisgegeben haben würde, so würde auch die Einführung der fakultativen Zivilehe, welche die Eheschließung vor dem kirchlichen oder dem bürgerlichen Beamten von der Wahl eines jeden Paares abhängig macht, doch immer nur für diejenigen, welchen die hergebrachte Sitte der kirchlichen Trauung versagt wird, ein Auskunftsmittel abgeben und thatsächlich zur Nothzivilehe führen, dann aber auch von den gleichen Folgen begleitet sein. In beiden Fällen sieht sich der Staat in die unwürdige und erniedrigende Lage versetzt, durch seine Organe Handlungen zu vollziehen und eheliche Bande zu knüpfen, welche die Kirche bereits als unerlaubte bezeichnet und zurückgewiesen hat. Eine in dieser Gestalt erfolgende Wahrung des bürgerlichen Rechts stellt den Staat immer noch unter die Kirche oder doch in einen direkten und gewissermaßen feindlichen Gegensatz mit derselben. Nur die Einführung der obligatorischen Zivilehe, die Bestimmung, daß jedes Paar unbeschadet der Nachsuchung der kirchlichen Trauung die Ehe vor dem bürgerlichen Beamten zu schließen verpflichtet ist, hebt alle Mißstände und entspricht allen Anforderungen der staatlichen wie der kirchlichen Interessen. Abgesehen davon, daß sie die wünschenswerthe Gleichheit der Gesetzgebung in allen Landestheilen herstellt, so ergiebt sie sich als die nothwendige Folge des in dem Art. 12. und 15. der Verfassungsurkunde festgestellten Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Denn wenn dem letzteren auf die erstere verfassungsmäßig keine Einwirkung mehr zusteht, so kann er auch die Begründung der Ehe als der Grundlage alles sittlichen und staatlichen Lebens und den Eintritt der sich daran schließenden bürgerlichen und rechtlichen Wirkungen nicht mehr von der Mitwirkung der Kirche und von dem Einflusse wechselnder theologischen Parteimeinungen abhängig machen. Das staatsbürgerliche Recht der Eheschließung ist, so lange es ausschließlich in der Hand der Kirche ruhet, im Widerspruch mit Art. 12. abhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Auf der andern Seite ist die Kirche, welche bezüglich der religiösen Seite der Ehe zu der Forderung berechtigt ist, daß ihre Betheiligung bei deren Eingehung und die Ertheilung ihres Segens als etwas von den Satzungen des Staats Unabhängiges und nicht Erzwingbares anerkannt werde, so lange diese Betheiligung von dem Staate gefordert werden kann und gefordert werden muß, nicht in dem vollen Genusse der ihr verfassungsmäßig zugesicherten Freiheit. Erst durch die Einführung der obligatorischen Zivilehe wird dem im kirchlichen Glauben und auf religiös sittlichem Antriebe beruhenden Akte der zu erbittenden kirchlichen Trauung die rechte höhere Weihe und die wahre Bedeutung zurückgegeben. Die obligatorische Zivilehe entspricht der Würde der Kirche nicht minder als der des Staates, weil sie beide vor gegenseitigen Uebergriffen sichert und jede Möglichkeit eines Konflikts zwischen der Staatsgesetzgebung und den Ordnungen der verschiedenen Religionsgemeinschaften ausschließt. Die Unterzeichneten, von dem lebhaften Wunsche durchdrungen, auf diesem die Familie, den Staat und die Kirche gleichmäßig berührenden Gebiete zu einem den Frieden herstellenden verfassungsmäßigen Abschlusse zu gelangen, und von der Erwägung ausgehend, daß eine entschiedene Kundgebung ihrer Ueberzeugung diesem Zwecke nur förderlich sein kann, sprechen dieselbe dahin aus, daß die obligatorische Zivilehe allein diejenige Form der Eheschließung ist, welche den Bedürfnissen des Volkes, den Anforderungen des Gesetzes, den Interessen des Staates und der Kirche gleichmäßig entspricht. Berlin, den 10. November 1860. (Die Erklärung ist mit 92 Unterschriften, zum größten Theile wohlbekannte und akkreditirte Namen, darunter auch u. A. 10 Geistliche und 21 Stadtverordnete, versehen).

— [Die Inkorporation Schleswigs.] Aus Holstein geht der „Sp. Z.“ von zuverlässiger Hand folgende Nachricht zu: „Blixen-Finecke wird Ministerpräsident werden, die Gräfin Danner zur Herzogin machen und das Herzogthum Schleswig in Dänemark inkorporiren.“ Im Schleswigschen agitirt man, solche Ständemitglieder zu erlangen, welche sich zur Inkorporation geneigt zeigen, und zwar hat man des kein Hehl, sondern stellt es als das Mittel dar, alle Freiheit zu erlangen und soviel deutsch zu lernen, als man will, selbst in den Schulen. Die junden Leute beim Zoll und der Post werden offiziell aufgefordert, sich sogleich zum Reserveoffizierdienst zu melden, wozu in Kopenhagen eine Schule. Es wird ihnen dabei gesagt, wer sich weigert, dieser Aufforderung zu folaen, hat keine Aussicht auf Avancement.

— [Der Konflikt in Weißenfels.] Wie die „V. Z.“ von durchaus glaubhafter Seite erfährt, ist die von der „D. A. Z.“ gegebene (von uns in Nr. 273 mitgetheilte) Darstellung der Vorgänge in Weißenfels eine größtentheils unrichtige. Namentlich ist die Veranlassung zu dem Streit nicht durch Hrn. v. Westernhagen, der keineswegs in aufgeregtem Zustande gewesen, gegeben worden. Das Nähere wird wohl späterhin aktenmäßig festgestellt werden.

Dirschau, 20. Nov. [Wassergefahr.] Bei der Barenter Wachbude hat der Buhnenmeister Raikowski einen Grunddurchbruch der Weichsel entdeckt. Leider sind die bis jetzt daran gemachten Arbeiten fruchtlos geblieben, und wenn das nöthige Material zur Abhülfe und zur Fortsetzung der Arbeiten nicht schleunigst an Ort und Stelle geschafft wird, so ist der Grunddurchbruch, welcher ein unabsehbares Unglück für die ganze Danziger Niederung sein würde, unausbleiblich, indem bereits der Damm theilweise unterminirt ist. (D. D.)

Münster, 20. Nov. [Todesfälle.] In den letzten Wochen sind die hiesigen wissenschaftlichen Bildungsanstalten zweier tüchtigen Kräfte, deren Namen auch in weiteren Kreisen bekannt waren, in kurzer Folge durch den Tod beraubt worden. Am 31. Okt. starb im hohen Alter der frühere Gymnasialdirektor, Domkapitular und ordentlicher Professor Nadermann, seiner Zeit auf dem Gebiete der klassischen Sprachen unter den tüchtigsten Philologen genannt, und am 15. d. begruben wir die Leiche des Gymnasial-Oberlehrers, Dr. Köne, ausgezeichnet durch seine Forschungen in den uns überlieferten Schätzen der altdeutschen Literatur. Sein letztes bedeutendes Werk war die Uebersetzung des Heliand oder der altsächsischen Evangelien-Harmonie, für welche derselbe von Sr. Maj. dem Könige mit der goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft honorirt wurde.

Viersen, 20. Nov. [Ersatzwahl.] Bei der gestern unter dem Vorsitze des Landraths Schubarth in Gladbach stattgehabten Ersatzwahl eines Abgeordneten für den Kreis Krefeld-Gladbach an Stelle des in das Herrenhaus berufenen Freiherrn v. Diergardt wurde, nachdem ein zweites Skrutinium hatte stattfinden müssen, Friedensrichter Rücker von Uerdingen mit absoluter Stimmenmehrheit zum Deputirten gewählt.

Oestreich. Wien, 20. Nov. [Untersuchung.] Dieser Tage haben im Filialkrankenhaus der Vorstadt Wieden, das den barmherzigen Schwestern übergeben worden ist, die behördlichen Untersuchungen und Erhebungen begonnen, welche durch eine von sämmtlichen Sekundarärzten dee Spitals gegen die Klosterfrauen erhobene Beschwerde veranlaßt wurden. Die Aerzte behaupten, daß durch die von den Schwestern eingeführte Hausordnung und Sparsamkeit die Pflege der Kranken Schaden leide. Die Besorgung des Spitals ist den Schwestern vertragsmäßig unter Bezahlung einer fixen Abfindungssumme, welche die Regierung an sie entrichtet, überlassen; die Aerzte behaupten, daß in dieser Art der Vertragsabschließung und in dem Mangel staatlicher Ueberwachung für die Klosterfrauen der Anlaß liege, Ersparungen zu machen, bei welchen die Kranken benachtheiligt werden. Das Ergebniß der Untersuchung wird wohl seinerzeit veröffentlicht werden, und bis dahin muß man das Urtheil in dieser Angelegenheit aufschieben. (N. P. Z.)

— [Freiherr v. Prokesch; die neue türkische Anleihe.] Das Telegramm, das den Gesundheitszustand des Freiherrn v. Prokesch als befriedigend darstellt, hat es unterlassen zu bemerken, daß die Aerzte, darüber noch nicht einig sind, ob der Kranke sich nicht einer schmerzhaften und in ihrem Ausgange nicht zweifellosen Operation werde unterwerfen müssen. Der Palast des Internuntius wird täglich von theilnehmenden Besuchern aller Nationen angefüllt, und auch der Sultan unterläßt es kaum einen Tag, persönlich Erkundigungen über das Befinden unseres Vertreters einziehen zu lassen. — Mit diesen Meldungen, welche die neueste Post aus Konstantinopel überbracht hat, sind auch Details von der neuen in Paris abgeschlossenen Anleihe eingetroffen. Diesen Nachrichten zufolge ist die neueste Finanzoperation ganz geeignet, die finanziellen Verhältnisse der Pforte vollends zu zerrütten. Da alle irgend werthvollen Unterpfänder, über welche die Pforte zu verfügen hatte, schon zur Sicherung früher eingegangener Verbindlichkeiten vergeben sind, so blieb in diesem Falle Nichts übrig, als sich ungewöhnlich, selbst für die Pforte ungewöhnlich ungünstigen Bedingungen zu unterwerfen. Unser Gewährsmann versichert, daß selbst Herr Lavalette, der französische Gesandte, der nicht ganz ohne persönliches Interesse die Vorschläge seiner Landsleute den Ministern gegenüber vertreten hat, über die exorbitanten Propositionen, zu deren Annahme man sich in Stambul schließlich verstehen mußte, den Kopf schüttelte. Man halte bereits die Verhandlungen abgebrochen und wollte abermals den Versuch erneuen, in London zu einem Abschluß zu gelangen, allein Sir Lytton Bulwer lehnte entschieden jede Mitwirkung ab, indem er erklärte, er würde, wenn er pflichtgemäß verfahren wolle, den Leuten an der Londoner Börse jedes neue Finanzgeschäft mit der türkischen Regierung widerrathen müssen. Jedenfalls aber ist die Pforte aus einer momentanen Verlegenheit, da sie sonst zum 13. Januar nicht im Stande gewesen sein würde, die fälligen Zinsen zu zahlen, vorausgesetzt nämlich, daß die Pariser Börse sich von den Entrepreneurs der Anleihe zu Zeichnungen verlocken läßt. Gelingt dies nicht, dann bleibt die Sache beim Alten, denn Mirès u. Comp. haben keine Verpflichtungen übernommen. (BHZ.)

— [Tagesnotizen.] Der Gemeinderath der Stadt Hallein hat einstimmig beschlossen, an den Statthalter von Salzburg und Oberöstreich, Freiherrn v. Bach, die Bitte zu richten, daß die Vornahme einer neuen Wahl der gesammten Gemeindevertretung von Hallein nach dem provisorischen Gemeindegesetze vom 17. März 1849 bewilligt werde. — Aus einer Kecskemeter Korrespondenz des „Magyar Sajto“ entnehmen wir, daß der „Pesti Hirnök“ wegen eines „die Garantie der ungarischen Konstitution“ überschriebenen und in altkonservativem Sinne abgefaßten Artikels in einem der besuchtesten Kaffeehäuser daselbst verbrannt wurde. — Die „Tr. Z.“ meldet aus Triest, 7. Nov.: Vor einigen Tagen wurde hier ein gewisser S., Kassirer eines angesehenen Großhandlungshauses verhaftet, und zwar, wie es heißt, aus politischen Gründen. Derselbe ist ionischer Unterthan. — In den „Neuesten Nachrichten“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ansässigmachung der Protestanten in Tirol eine Frage ist, deren Lösung dem künftigen Landtage vorbehalten worden und die daher noch als eine offene Frage zu betrachten, daß also dort auch keine Protestanten als Landtagsmitglieder erwählt werden können, weil sie bis jetzt nicht im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befinden. — Auf dem Schmelzer Friedhofe hierselbst wurde in verflossener Woche die Leiche eines Protestanten zur Erde bestattet. Die Bewilligung dazu war, der „Presse“ zufolge, von Seite des erzbischöflichen Konsistoriums aus dem Grunde ertheilt worden, weil der Verstorbene „eine wahrhaft katholische Denkungsweise an den Tag gelegt, alle seine Kinder in der katholischen Religion hat erziehen lassen, und dem katholischen Gottesdienste beigewohnt hat, was durch einen glaubwürdigen Zeugen (den Gemeindevorsteher) bestätigt wird.“ — Die amtliche Zeitung von Venedig bringt eine Bekanntmachung, worin die Familienväter aufgefordert werden, ihre Söhne, selbst diejenigen, welche nur ihrer Erziehung und Ausbildung wegen außer Lande sind, nach Hause zu berufen; Väter, welche ihre Söhne im Auslande lassen, werden, auf die erste Mahnung der Behörden, mit 20—200 Gulden Strafe bedroht.

— [Spaltung zwischen Aristokratie und Bürgerthum.] Auf eine Bewegung ist die Aufmerksamkeit zu lenken, die schärfer als je an die Oberfläche des politischen Treibens im Innern der Monarchie tritt. Die Aristokratie Oestreichs, welche im Jahre 1848 so schmählich das Feld räumte und in Ohnmacht dahinsank, später aber unter den Fittichen der militärischen und klerikalen Reaktion daherrauschte, hat bei der jüngsten Gestaltung der Dinge sich keine Freunde erworben. Die Unterthanen in allen Provinzen sind keine Feinde und Gegner des Adels, es sehen sogar die Bürger mit Stolz hinauf zu den mächtigen feudalen Herren und gönnen ihnen den Vorrang im sozialen Leben, im Beamten- und Heereswesen; es herrscht manche innigere Verbindung zwischen den Ständen, da die Tories es nicht verschmähten, dem Ackerbau und der Industrie sich zuzuwenden, und dagegen manche Spekulanten und Händler durch Fortuna's Gunst in die Reihen des Adels vorrückten. Jedoch das Benehmen und Votiren der Aristokratie im Reichsrathe konnte keine Sympathien im Bürgerthum erwecken, und die daraus entstandene Separation Ungarns und rothbefrackte Standschaft in den anderen Provinzen hat eine Opposition provozirt. Das bürgerliche Element, seit einem Jahrzehend vernachlässigt, beschimpft, in den Staub getreten, so daß es jedem klirrenden Säbel und jeder Beamtenkappe aus dem Wege ging, sträubt sich gegen das Ansinnen, dem Adel die Schleppe zu tragen, und wahrer Haß flammt empor, seitdem einige Aristokraten durch journalistische Programme ihre Ansichten und Endziele verriethen. Namentlich richtet sich der Groll gegen den Grafen Clam Martinitz, den man als das Haupt dieser Koterie betrachtet; er war es, der für das Majoritätsprogramm der Magyaren Proselyten warb, und der hierauf sich mit einem Schildknappen der Berliner Kreuzzeitung assoziirte, um deren Ideen und Tendenzen nach dem Kaiserstaate zu verpflanzen. Dieses Organ und das daraus entnommene Streben der Aristokratie, verbunden mit dem Bekanntwerden der Landesstatute, hat einen früher nie gekannten Haß erzeugt, der bald grellere Formen anzunehmen droht, als man ahnt. Es werden im Gemeinderath, wie in den Landtagen, heftige Aeußerungen erwartet, da jedes vermittelnde Element fehlt; der Klerus in seinen Spitzen neigt zur Aristokratie, und die Regierung besteht aus Aristokraten. Nicht ein einziger von all diesen Namen ist aber mit der reformfreundlichen, konstitutionellen, liberalen Richtung in Verbindung zu bringen, wie es bei den Magyaren der Fall ist, und deshalb entsteht ein neues Mißtrauen. Die Spaltung droht ernst zu werden. (K. Z.)

— [Das Konkordat und die römische Frage.] Der „Wanderer“ bringt nach dem Vorgange eines Pesther Blattes, welches vor Kurzem vom ungarischen Standpunkte aus eine Revision des Konkordats beantragte, eine „Meditation über das Konkordat“. Es wird darin an das erinnert, was der Reichsrath Maager vor Monaten in öffentlicher Sitzung aussprach, daß nämlich die Durchführung einer vollkommenen Gleichheit in konfessioneller Beziehung ohne Revision des Konkordats nicht möglich sei. Dann heißt es weiter:

„Mit Recht können wir schon jetzt fragen: was hat denn das Konkordat seit der Zeit seines fünfjährigen Bestehens Außerordentliches in religiöser Beziehung geleistet, was nicht eben so gut auch ohne dasselbe zu Stande gekommen wäre? Jedes Streben, jede Macht- und Kraftäußerung der Kirche soll offenbar darauf abzielen, den christlichen Sinn des Volkes zu fördern und die Sitten zu verbessern; eine andere Thätigkeit der Kirche giebt es nicht. Daß auch dem Konkordate, oder vielmehr den Urhebern desselben kein anderes Ziel vorschwebte, wird oft genug behauptet. Welche Fortschritte hat denn aber die Religiosität und Sittlichkeit des Volkes bereits gemacht, seit jene „glorreiche kirchliche Errungenschaft“, wie man das Konkordat häufig zu nennen pflegt, ihre Thätigkeit begonnen? Der niedere, d. h. der eigentliche Volksklerus in Städten und auf dem Lande wird die beste Antwort hierüber ertheilen können. Oder ist die „religiöse Neugestaltung“ vielleicht doch wenigstens im Werden begriffen? Sind es andere geistige Güter, die das Konkordat zum Wohle der Gesellschaft ins Dasein gerufen? Wir haben bisher von all dem nichts zu entdecken vermocht. Wo sind also die „großartigen Glaubenserfolge“, wo ist die „religiöse Neubelebung der Gemüther“, die man als „unausbleibliche und unmittelbare Folge der Einführung des Konkordats“ bezeichnete und schon im voraus als geschehene Thatsache mit dem lautesten Jubel begrüßte? Einzelne religiöse Kundgebungen, an denen es zu keiner Zeit mangelte, sind nicht maaßgebend, wir haben die große Masse des Volkes im Auge. Die Errichtung von Missionskreuzen und neuen Ordenshäusern, die man uns vielleicht als beachtenswerthe Folge des Konkordates bezeichnet, bewirkte bisher keine „religiöse Regenerirung der Gemüther“.

Einem ähnlichen Ideengange folgt der Leitartikel der „Presse“: zwar läßt sie die innere Frage ganz bei Seite, doch ergeben sich gewisse Nebenbeziehungen aus ihrem Artikel „Anzeichen einer religiösen Krise“ von selbst. Diese Anzeichen werden an den Peripetieen der italienischen Bewegung nachgewiesen:

Wenn Garibaldi das eine Italien vom Quirinal herab verkündigen wolle, so heiße das nichts Anderes, als daß das Papstthum, wie es bis jetzt war, neben und in dem neuen zu gründenden Großstaate nicht fortbestehen könne. Der Papst sei Frankreichs Schützling, bis Italien fertig; dann zögen die Franzosen ab, und der Papst habe keine Wahl, als mit dem neuen Italien einen Pakt zu schließen oder das Schicksal der übrigen italienischen Souveraine zu theilen. Napoleon lasse den Dingen ihren Lauf; kein Wunder also, daß der französischen Regierung nahestehende Journale die römische Frage vom religiösen Gesichtspunkte ins Auge faßten, und daß das preisgegebene Rom von ihnen nicht geschont werde. Und nicht bloß in Frankreich werde die Idee der Loslösung der Kirche von Rom und der Auflösung der römischen Hierarchie in nationale Kirchen verkündet; dieselbe finde, da sie den Kultus nicht alterire, überall Anklang.

Auch das „Vaterland“ beschäftigt sich mit „Papst und Kaiser“. Es legt dar, daß die Richtung der napoleonischen Politik auf Vernichtung der weltlichen Herrschaft des Papstthums hinausgehe, meint aber, es verberge sich hinter dieser Tendenz nur ein tiefes Gefühl der Schwäche und Haltlosigkeit.

Bayern. München, 19. Nov. [Reise des östreichischen Kaiserpaars; Handelsgesetzbuch.] Das östreichische Kaiserpaar setzte gestern Mittag seine Reise fort. II. MM. der König und die Königin begleiteten dasselbe bis zum Bahnhofe. — Der Staatsminister der Justiz, Freiherr v. Mulzer, ist gestern nach Nürnberg gereist, um daselbst heute die wieder beginnenden Sitzungen der Kommission zur Berathung des deutschen Handelsgesetzbuchs zu eröffnen. (N. C.)

Frankfurt a. M., 20. Nov. [Die Politik Lord Palmerstons.] Die „Postzeitung“ glaubt die Politik Lord Palmerstons auf folgende Prinzipien zurückführen zu können: 1) Vermeide den Krieg mit einer Großmacht um jeden Preis. 2) Um dich in Respekt zu erhalten, binde recht oft mit schwachen Staaten, nie mit starken an. 3) Führe höchstens in dem Fall mit einer Großmacht Krieg, wenn dir ein kriegerischer Alliirter mit seinen Armeen an die Hand geht. 4) Liebäugele zur Erhaltung deiner Popularität im Aus- und Inland mit den revolutionären Parteien der fremden Völker, wirf aber jede Bewegung auf eigenem Gebiet schonungslos mit Kartätschen nieder. Durch ersteren Weg gewinnst du die Gunst der Bewegungsmänner, wenn die Regierungen nicht Ordre pariren wollen. 5) Zur Erhaltung des Vertrauens von John Bull stecke die rothbäckigen Jünglinge der Großstädte in schöne Uniformen und lasse sie fleißig exerziren. Zugleich eifere in diplomatischen Noten, im Parlament und bei den Zweckessen in möglichst kräftigen Redensarten „für die Freiheiten Englands und die Rechte aller unterdrückten Völker“ und spare ja nicht an Reisespesen der Kriegsschiffe, wenn irgendwo ein Kampf im Entstehen ist, wozu sind denn Offiziere und Matrosen da? 6) Im Uebrigen hüte dich ja, durch thätigen und offenen Beistand mit der Revolution gemeinschaftliche Sache zu machen und mit den Regierungen ernstlich zu brechen.

Hessen. Kassel, 20. Novbr. [Vom Landtage.] Die Worte, mit denen der Alterspräsident Rübsam die Sitzung der Zweiten Kammer am 16. eröffnete, lauten nach der „Wes. Z.“ wie folgt: „Ich bin in der Absicht hierhergekommen, meinem Vaterlande die beschworenen verfassungsmäßigen Rechte, begründet durch die Verfassung von 1831, zu erhalten, werde nur mit diesem Rechtsvorbehalt die heutigen Wahlen vornehmen, und fordere alle anwesenden Herren auf, die meine Gesinnungen theilen, sich zu erheben.“ Von den 47 anwesenden Mitgliedern standen 41 auf. Die Minderheit bestand aus den Landbürgermeistern Jordan, Iber, Weber, Hilsenberg, Ruhn und Henß. Der zum Präsidenten erwählte Ober-

postmeister Nebelthau dankte in kurzer Ansprache für das ihm bewiesene Vertrauen', indem er noch hinzufügte, daß er es sich noch zur besonderen Ehre anrechne, falls ihm die landesherrliche Bestätigung zu Theil werde, einer Versammlung vorzusitzen, welche nach der eben abgegebenen Erklärung sich bestreben werde, die verfassungsmäßigen Rechte des Vaterlandes aufrecht zu erhalten. Auch der Vizepräsident Ziegler sprach seinen Dank unter der Versicherung aus, auf der bereits betretenen Bahn fortwandeln zu wollen. In der geheimen Sitzung der Ersten Kammer soll Frhr. v. Welsheim, der „Fr. P. Z.“ zufolge, erklärt haben, nur unter der Voraussetzung zur Wahl schreiten zu wollen, daß davon ein später von ihm zu machender, die Verfassungsfrage betreffender Antrag nicht präjudizirt werde. — Die „Kass. Z.“ wollte behaupten (s. Nr. 273), daß die Oetker'sche Partei eine Niederlage erlitten habe, indem die Zweite Kammer die erwartete Inkompetenzerklärung nicht abgegeben hätte. Dazu bemerkt ein Korrespondent des „F. J.“: Es ist Mangel an Verständniß für den ordnungsmäßigen Gang der Behandlung unserer Verfassungsfrage in der Zweiten Kammer, wenn, wie die „Kass.Z.“ und andere Korrespondenten dies thun, die Vornahme der Wahl des Bureau's (zudem unter ausdrücklichem Vorbehalt gegen die Gültigkeit der Verfassung von 1860) als ein Verzicht auf die Erklärung der Inkompetenz ausgegeben wird. Bevor die Kammer konstituirt ist, und das ist sie erst nach geleistetem Eid an den Landesherrn und nach erfolgter Eröffnung durch Letzteren oder einen Bevollmächtigten, kann überhaupt gar kein Beschluß gefaßt werden und dann erst wird die Frage wegen Inkompetenz, beziehungsweise wegen sonst geeigneter vorausgehender Schritte aufgenommen werden können. Oder hat Jemand im Ernst glauben können, die Mitglieder würden ihre Inkompetenz erklären, ohne sich vorher als Zweite Kammer zu konstituiren? Zu diesem Zwecke brauchten sie nicht hierher zu kommen, das hätten sie zu Hause besser gethan.“

Schleswig, 19. Nov. [Zu den Wahlen.] Der „Wes. Ztg.“ schreibt man: Von den 292 Pfarrstellen im Herzogthum Schleswig sind zwar mehr als 160 mit Predigern aus dem Königreich besetzt; da indessen im südlicheren Schleswig noch die Mehrzahl der Prediger der deutschen Nationalität angehört, so haben die dänischen Pastoren, welche Mitglieder der Wahlkommission in diesen Distrikten sind, so namentllich die Pastoren Martens in Schleswig, Kühnek in Ulsnis u. a. m. die Streichung deejenigen Pastoren, welche 1848 und 1849 die Erlasse der Statthalterschaft in Kiel an den Kirchenthüren haben anheften lassen, beantragt. Die Wahlkommission des fünften geistlichen Distrikts hat nun zwar durch Mehrheit diesen Antrag abgewiesen; gleichwohl haben die dänischen schwarzen Gendarmen sich bei dieser Niederlage nicht beruhigt, und zunächst dem Wahldirektor so lange zugesetzt, bis dasjenige Mitglied der Kommission, welches sich am entschiedensten gegen den dänischen Antrag ausgesprochen hatte, aus dem Wahlkolleg gestrichen wurde. Da der frühere Beschluß des Wahlkollegs nur mit 4 gegen 3 Stimmen gefaßt worden ist, so wird es den Dänen nunmehr wohl nicht schwer werden, den früheren Beschluß umzustoßen und die Wahllisten in ihrem Sinne zusammensetzen zu lassen.

Großbritannien und Irland.

London, 19. November. [Englands Verhältniß zu Preußen.] Den von der „Times“ ausgehenden Anfeindungen Preußens, die nur kurze Zeit auch in anderen englischen Blättern einen Wiederhall fanden, gegen die sich aber sehr bald eine Stimme nach der anderen in der hiesigen Presse erhoben hat, tritt auch der „Daily Telegraph“ mit entschiedener Mißbilligung entgegen. Dieses Blatt macht unter Anderem auf die unbegründeten Gerüchte aufmerksam, welche über Preußens Verhalten den neapolitanischen Ereignissen gegenüber verbreitet worden. So habe man von der Ankunft eines außerordentlichen preußischen Abgesandten am Hofe des Königs Franz II. gesprochen, was doch eine leere Erfindung gewisser Journale gewesen und wodurch man nur die Meinung habe erzeugen wollen, als ob König Franz preußische Unterstützung zu erwarten habe. Die Verbreitung solcher Gerüchte, bemerkt der „Daily Telegraph“, sei um so schmählicher und verderblicher, da sie offenbar darauf berechnet wären, die englischen Sympathien von der einzigen protestantischen Großmacht des Kontinents abzuwenden. Das genannte Blatt charakterisirt diese Bemühungen als die Umtriebe einer bloßen Clique, und es glaubt auch versichern zu können, daß der englische Gesandte in Berlin, Lord Bloomfield, sich veranlaßt gefunden, dem preußischen Ministerium ausdrücklich zu erklären, daß, was auch immer in gewissen britischen Journalen geschrieben werde, nichts davon auf amtlicher Eingebung oder diplomatischer Beeinflussung beruhe. Großbritannien, fügt der „Telegraph“ seinerseits hinzu, sei den wahren Interessen Preußens nicht feind, im Gegentheil, es sei überzeugt, daß beide Mächte, England und Preußen, darauf angewiesen seien, einander gegenseitig zu unterstützen, und so wie England die Rheingrenze zu schützen bereit sein würde, so sei es hinwiederum der preußischen Politik, in welcher sowohl Frankreich, wie Oestreich und Rußland eine Schranke fänden, zu Dank verpflichtet. Was die italienischen Angelegenheiten betrifft, so betrachtet der „Daily Telegraph“ im weiteren Verlauf seines Artikels es als die Aufgabe Preußens und Englands, das Gleichgewicht unter den Mächten aufrecht zu erhalten; England halte auf der einen Seite Wacht, Preußen auf der anderen, damit die Wagschale weder für Oesterreich und Rußland, noch für Frankreich und Italien das Uebergewicht gewinne. Jede von beiden Mächten, Preußen wie England, nehme dabei ihre besondere Stellung ein, und erfülle jede an ihrem Theil eine unerläßliche Pflicht. So lange dieser Kompromiß seine Anerkennung finde, werde Europa vor den Gefahren eines allgemeinen Krieges bewahrt bleiben. „Jedenfalls“, so schließt das Blatt seine Bemerkungen, „dient man keiner ehrenhaften Politik durch verschmitzte Mystifikationen oder unverantwortliche Bestrebungen, die darauf ausgehen, Eifersucht zwischen verwandten und befreundeten Mächten zu nähren.“ (Die englische Presse kommt leider etwas spät zu diesen Ansichten. D. Red.)

— [Der Besuch des Prinzen von Wales in Nordamerika.] Die glückliche Heimkehr des Prinzen von Wales giebt den hiesigen Blättern die Veranlassung, noch einige Bemerkungen über die Bedeutung seines Besuchs in den Vereinigten Staaten zu machen. Die „Times“ sagt unter Anderem:

„In dem gegenwärtigen Falle liegt etwas Neues vor, und es braucht von Eitelkeit nicht die Rede zu sein. Die zu lösende Aufgabe war der Art, daß ihr weder ein Krieger noch ein Diplomat gewachsen sein konnte. Eine neue Beziehung sollte zwischen zweien der größten Reiche der Welt hergestellt werden, zwischen Mitgliedern derselben menschlichen Familie, Erben derselben großen Ueberlieferungen, derselben historischen Namen, derselben Sprache, Poesie, Religion und derselben Gesetze. Beinahe ein Jahrhundert lang gähnte die Kluft einer blutigen Spaltung zwischen ihnen, und dem triumphirenden Frohlocken des Siegers auf der einen Seite begegnete das spöttische Lächeln der ehemaligen Herrscher auf der anderen. Die Amerikaner vergaßen in ihrem augenblicklichen kleinlichen Groll, daß wir die älteren Brüder und ihre Väter sind, während wir vergaßen, daß sie unsere jüngeren Verwandten sind, und daß alle ihre Fehler aus unserem Fleische und Blute stammen. Der Prinz von Wales hat sich den Amerikanern nur in dem ihm zukommenden Charakter gezeigt, nämlich als Haupt der gebildeten britischen Jugend, als zukünftigen Beherrscher eines konstitutionellen Landes und als Vertreter eines Reiches, welches das größte Interesse daran hat, mit der ganzen Welt in Frieden zu leben, und welches weder eine Gebietserweiterung hofft, noch einen Feind fürchtet. Er hat den Amerikanern das wahre Gefühl ausgedrückt, welches in jedem britischen Herzen für jene große stammverwandte Nation schlägt. Es giebt keine andere Nation, die für uns Alle ein so großes Interesse hätte; keine, von deren Siegen und Thaten wir mit so ungemischter Befriedigung hören; keine, mit der wir uns in so hohem Grade identifiziren. Der Prinz von Wales hat, während er als echter Engländer auftrat, sich die Sympathien aller echten Amerikaner erworben, beide Nationen einander nahe gebracht und in ihnen das Gefühl erweckt, daß sie Brüder sind.“

Frankreich.

Paris, 19. Nov. [Tagesbericht.] Der Kaiser jagte heute im Walde von St. Germain, morgen kommt er aus St. Cloud nach den Tuilerieen und nächste Woche geht er nach Compiegne. — Hier ist man der Ansicht, daß die sardinische Flotte sich zuletzt doch am Kampfe um Gaëta betheiligen werde, da Frankreich und England in Anbetracht, daß ein längerer Widerstand doch unnütz sein würde, ihre Zustimmung dazu geben werden. Ueber die eigentlichen Absichten des Königs von Neapel erfährt man noch immer nichts Bestimmtes. Der Abfall eines Theiles seiner Generale soll ihn sehr empfindlich berührt haben. — Nach Berichten aus Genua arbeitet man eifrigst an der Umgestaltung der sardinischen Flotte. Ein Theil der neuen Anleihe soll dazu verwandt werden. In der genannten Stadt wurden auch bereits die Werbebüreaus für das Zuavenkorps eröffnet. Auch soll dort die neue ungarische Legion organisirt werden. — Im „Moniteur“ steht heute der von Guerin Meneville dem Kaiser erstattete Bericht über die Einführung und Einheimischmachung einer neuen chinesischen Seidenraupe in Frankreich. Diese Raupe lebt in freier Luft auf dem japanischen Firnißbaum (Aylanthus) und liefert in zwei Ernten jährlich ein sehr starkes Seidenmaterial, welches in China seit Jahrhunderten von allem Volk zur Kleidung verwandt worden ist. Dem Berichte zufolge wäre es jetzt erwiesen, daß diese neue Quelle landwirthschaftlichen und industriellen Reichthums in Frankreich und Algerien geöffnet und sehr nutzbar gemacht werden kann. Es fehlt nur noch die Probe in großem Maaßstabe, und deshalb bittet Meneville den Kaiser, zu befehlen, daß auf den Domainen praktische Versuche in dieser Hinsicht gemacht werden. — In dieser Woche wird ein eisenbeschlagenes Kanonenboot mit einer neu erfundenen Triebkraft im Beisein des Kaisers auf der Seine vom Stapel laufen. — Der Kaiser hat gestern Herrn Laity in besonderer Audienz empfangen und sich lange mit ihm besprochen, wodurch die Gerüchte von Ministerveränderungen neue Nahrung erhielten. — Es ist von Errichtung eines neuen Fremdenregimentes in Algerien die Rede. — Am Freitag den 16. Nov. wurde in Paris eine Sammlung von 144 Gemälden altfranzösischer, englischer, vlaemischer und holländischer Schule verkauft, alle als echt anerkannt, aber nur schwache Preise gemacht. Das am besten bezahlte Bild war ein Cuyp, Landschaft mit Kinderstaffage, zu 1425 Fr., eine h. Cäcilia von Guido wurde mit 250 Fr. bezahlt, ein Sebastian Frank mit 810, ein Paduano mit 250 Fr. — Im Süden Frankreichs sind schon bedeutende Ankäufe in Wein und durchschnittlich bessere Preise gemacht worden, als die Winzer erwarteten. In Beaufolaid hat eine englische Gesellschaft, als Muster, 3000 Hectoliter Wein gekauft. Engländer spekuliren überhaupt bedeutend in Wein. — In den letzten vier Jahren haben die Franzosen im südlichen Theile der algerischen Provinz Constantine fünfzig artesische Brunnen gegraben, welche in der Minute 36,421 Litres Wasser, in 24 Stunden also 52,446,240 Litres liefern.

— [Klerikale Anschauungen.] Die Union, welche zwischen den kirchlichen Oberen der dem griechischen Glauben bisher angehörigen Bulgaren und der römischen Kirche unlängst in Konstantinopel abgeschlossen sein soll, wird von der klerikalen Partei mit großer Genugthuung begrüßt. Sie findet darin einen Trost für die Verluste, welche die römische Kirche anderweitig erlitten hat, und eine Hoffnung für das dereinstige Wiederaufleben des Papstthums und dessen Sieg über das griechische Schisma. Der Pariser Korrespondent des „Czas“ betrachtet die bulgarische Union als die Folge des Aufenthalts der Franzosen in der Türkei, der Propaganda derselben unter den türkischen Christen und des Vertrauens der Bulgaren zu Frankreich.

— [Der Besuch der englischen Freiwilligen] unterbleibt; der Kaiser wünscht, daß der Plan nicht weiter verfolgt werde, wie aus folgendem vom Kabinetssekretär Mocquard an Hrn. Roswell zu London gerichteten Briefe erhellt:

Mein Herr! Als Sie an mich schrieben, daß der Kaiser geruhen möge, Ihren Plan zu genehmigen, war dies ein Vorschlag von wesentlich privatem Charakter, dem Se. Majestät nicht entgegen sein konnte, und gewiß würde er die Männer herzlich empfangen haben, die auf ihre Fahne geschrieben baben: Vertheidigung und nicht Mißtrauen. Weil Sie es aber für passend gehalten haben, Ihrem Plane den offiziellen Charakter, den die englischen Zeitungen selbst ihm aufgedrückt, und Verhältnisse zu geben, welche seine Natur ändern, so ist der Kaiser der Ansicht, daß die Idee nicht weiter verfolgt werden soll, für deren erste Anregung er Ihnen übrigens dankt. Empfangen Sie 2c. (Diese ziemlich derbe Abfertigung verdiente das lächerliche Projekt, charakteristisch für gewisse Klassen von Engländern, vollkommen. D. Red.)

Belgien.

Brüssel, 19. Nov. [Arbeiterstrike.] Großes Aufsehen macht in hiesigen industriellen Kreisen der Arbeiterstrike in den Cockerill'schen Etablissements zu Seraing. Vor acht Tagen haben etwa 1000 Arbeiter erklärt, sie würden feiern, wenn ihr Lohn, der 3 Francs täglich beträgt, nicht erhöht werde. Ein Theil hat die Arbeit zwar wieder aufgenommen, Andere haben sich durch Drohungen der Rädelsführer abschrecken lassen. Zu ernstlichen Unruhen ist es bis jetzt nicht gekommen. (BHZ.)

— [Deserteure.] Am verwichenen Montage fand die Fischerbarke „Dolphin“ von Ostende auf offener, stark hohlgehender See ein Segelfahrzeug, das ein Spiel der Wogen, und in welchem sich vier Soldaten befanden, die dem Tode nahe waren. Es stellte sich heraus, daß es Schweizer waren, die aus holländischen Diensten desertirt und sich ein Boot verschafft hatten, um zu entkommen. Ohne Nahrungsmittel, ohne alle Kenntnisse der Seemannskunde, waren sie seit dem 11. Nov. ein Spiel der tobenden See und dem Tode nahe, als sie gerettet wurden. Die Barke brachte sie nach Ostende, wo sie dem niederländischen Konsul überantwortet wurden.

Schweiz.

Bern, 18. Nov. [Strategische Lage der Schweiz.] Der „Bund“ stellt in mehreren Leitartikeln: „Der nächste Krieg und die nächste Grenzwacht“ strategische Betrachtungen über die Zukunft an. Für den Fall eines zweiten italienischen Krieges, sagt er, ist unsere Grenzwacht seit der Annexion Nordsavoyens eine bedeutend schwierigere geworden. Sollte England mit auf den Plan treten und das Meer nicht mehr frei sein, so gewinnt der Simplonpaß wieder seine ganze frühere Wichtigkeit. Napoleon III. wird, wenn es in seine Berechnung paßt, mit der Neutralität des schweizerischen Kantons Wallis nicht glimpflicher umspringen, als Napoleon I. mit dem preußischen Anspach und Baireuth. Die Vertheidigung des Simplon wäre sehr erleichtert, wenn Napoleon III. den von ihm selbst unterzeichneten Vertrag von 1860 hielte, d. h. im Falle eines Krieges aus Nordsavoyen seine Truppen zurückzöge. Dies wird er aber sicher nicht thun. Da nun das befestigte Défilé von St. Maurice, der Schlüssel des Wallis, seit der Annexion Nordsavoyens von hinten her umgangen werden kann, so steckt das schweizerische Vertheidigungsheer in einer Sackgasse, wenn nicht das Rhonethal durch wenigstens Eine Militärstraße mit der übrigen Schweiz in Verbindung gesetzt wird. Furka und Grimsel müssen daher nothwendig eine Militärstraße bekommen, wie denn auch bereits Einleitungen dazu getroffen sind. Graubündten, für welches das Eisenbahnthor bei Chur dieselbe Rolle spielt, wie St. Maurice für Wallis, muß durch eine Militärstraße über den Oberalppaß mit der innern Schweiz verbunden werden.

— [St. Gotthard-Hospiz.] Laut dem von der Regierung des Kantons Tessin den sämmtlichen eidgenössischen Ständen mitgetheilten Zirkular ergiebt es sich, daß vom 1. Okt. 1859 bis 30. September 1860 in diesem Hospiz 12,294 Arme verpflegt wurden; 19,499 Rationen sammt verschiedenen Kleidungsstücken wurden an bedürftige Reisende ausgetheilt. Als Beweis der großartigen Frequenz des St. Gotthard-Hospizes diene ferner, daß dort vom 1. Okt. bis 1. November d. J., also in einem einzigen Monate, 2162 arme Reisende verpflegt wurden, darunter 1555 aus Italien zurückgekehrte päpstliche Soldaten.

Italien.

Turin, 17. Nov. [Minister nach Neapel; neue Justizhöfe; reaktionäre Bewegung in den Abruzzen.] Graf Cavour soll den Gedanken aufgegeben haben, sich zum König zu begeben. Der Kriegs- und der Justizminister sind nach Neapel abgereist und werden bald von den Deputationen der beiden Kammern gefolgt werden, die dem Könige Victor Emanuel die Abstimmungen bezüglich der Annexion zu überbringen haben. Der Justizminister geht nach Neapel, um neue gerichtliche Einrichtungen daselbst zu treffen. Die Aufhebung des Kassationshofes zu Mailand ist, wie ich höre, eine beschlossene Sache; dafür werden sechs Höfe zweiter Berufung eingeführt; einer in Turin, der zweite in Mailand, der dritte in Florenz, der vierte in Neapel, der fünfte in Bologna und der sechste in einer römischen Stadt. — In den Abruzzen dauert die reaktionäre Aufregung fort. Aquila wird von den Sanfedisten verwüstet. Die Regierung ist bedacht, diesem Unwesen durch energische Maaßregeln ein Ende zu machen. Ich höre es von maaßgebenden Personen, daß bis auf Weiteres von Bildung einer ungarischen Legion durch die Regierung oder nur mit Zustimmung der Regierung keine Rede sein könne, aber der Plan, eine Fremdenlegion nach französischem Zuschnitt zu errichten, soll wirklich von der Regierung gehegt werden. (K. Z.)

Mailand, 16. Nov. [Ein merkwürdiger Prozeß] ist, wie dem „Vaterland“ gemeldet wird, bei der hiesigen Prätur in Verhandlung. Vor mehreren Tagen nämlich fand in einem der Souterrains des hiesigen Domes ein Gottesdienst für den Kaiser von Oestreich und den Papst statt. Der Messe wohnten nebst vielen Geistlichen auch mehrere hier lebende Edelleute, darunter sogar einige in östreichischer Kämmereruniform, bei. Die piemontesische Polizei erhielt von der Sache Wind, drang in die Kirche ein, unterbrach die bereits begonnene Funktion und verhaftete 3 zelebrirende Priester und 17 andere Personen, darunter natürlich die kais. Kämmerer. Die Anklage lautet auf nichts weniger als auf Hochverrath.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Wie man der „N. Z.“ aus Rom, 13. Nov., schreibt, hat der Papst das Kardinalskollegium versammelt, und ihm mit Entschiedenheit erklärt, daß er Rom nicht verlassen wolle. Dies ist in Folge einer Note Cavours geschehen, in welcher die sardinische Regierung behufs einer gütlichen Verständigung Vorschläge gemacht hat. Indem Cavour erklärt, „daß in Rom Raum genug sei für den König Italiens und für das Oberhaupt der katholischen Kirche“, hat er unter anderen Offerten die Bestreitung des Kultus betreffend auch diese gemacht: daß die Kardinäle als solche in dem Reich Italien die bleibende Senatorwürde haben sollen, und daß ihre Einkünfte (i piatti) von 4000 auf 10,000 Scudi sollen erhöht werden. Was von Seiten des päpstlichen Kabinets darauf erwiedert worden ist, kann ich nicht mittheilen. Für jetzt ist keine Aussicht auf eine friedliche Verständigung. Die schroffe Weise des Handelns von beiden Seiten, die päpstlichen Encycliken und die Exkommunikation, von Seiten Sardiniens, das kurze und energische Verfahren mit dem renitenten Klerus in den abgerissenen Provinzen, wie in Toscana, von dem letzten Kriege nicht einmal zu reden: all dies hat die Wege zu einer gütlichen Lösung fast verrammelt. Vielleicht wäre der Papst selbst am ehesten dazu geneigt, einen Kompromiß zu schließen, wenn er solchen Rückzug mit Ehren antreten könnte; seine Gesinnung ist italienischer als die seiner Umgebung. Im ganzen Kardinalskollegium befindet sich kein einziger Kopf von diplomatischem Talent. Oder Kardinal Antonelli ist ein Mann, welcher in einem kleinen Kreise politischer Aktion eine gewisse Schlauheit verwerthen kann, aber es hat selten einen Minister gegeben, der einer so großen Krisis gegenüber die Situation so wenig erkannt, und deshalb so wenig beherrscht hat. Antonelli hat mit dem simpeln Prinzip des „non possumus“ regieren wollen, und keine anderen Ressourcen gehabt, als die Bayonnette von Oestreich. Ueber sie hinaus hat er keinen Schritt weiter gesehn oder gedacht. Das Schifflein Petri ist jetzt am Stranden, und Cavour scheint es überhaupt dahin bringen zu wollen, den Papst aus Rom zu vertreiben, womit die Krisis wenigstens für jetzt gelöst wäre. In dieser Absicht wird er vom Grafen Merode unterstützt, welcher den Papst zum Aeußersten drängt. Herr v. Merode ist sogar schroffer als Antonelli, der gegenwärtig etwas nach links gedrängt worden ist. Es giebt im Kardinalskollegium einige Stimmen gemäßigter Fraktion, die einen völligen Bruch mit Italien um jeden Preis vermeiden möchten, weil sie ein kirchliches Schisma voraussehen. Diese Kardinäle sind Msgr. Amati, Kardinalbischof von Palestrina, de Pietro, de Andrea, und der Kardinal Morichini, Bischof von Jesi, mit welchem Lamoricière Antonelli zu verdrängen gehofft hatte, der indeß in sein Bisthum wieder heimkehren mußte. So stehen hier die Dinge zwischen Ja und Nein in der peinvollsten Krisis, welche die Kirche erlebt hat; ihre Konsequenzen sind unberechenbar, wie es die italienische Bewegung

überhaupt ist, an der die politische Form nur als Nebensache erscheinen muß.

Man schreibt dem „Ami de la Religion“ aus Rom: „Die päpstlichen Finanzen sind bei dem gänzlichen Mangel an Einkünften wohlbegreiflich in einem traurigen Zustande. Die meisten Klöster und Stiftungen, deren Einkommen in Staatsrente besteht, zittern, daß der Staat der Zinszahlung im verfallenden Semester nicht wird genügen können. Es wird, hoffen wir, bezahlt werden, aber auf Kosten gänzlicher Erschöpfung finanzieller Hülfsmittel.— Herr v. Corcelles ist aus Turin zurückgekommen, wo er Freilassung der Gefangenen erlangte. Herr v. Cavour sagte ihm, daß, wenn er die Italiener zurückhielt, dies wegen der Befürchtung eines Krieges mit Oestreich geschah; jetzt aber, wo diese Besorgniß grundlos erscheine, stehe einer Einschiffung der italienischen Soldaten nichts mehr im Wege.“

Der „Allg. Ztg.“ geht aus Albano folgende Schilderung des Ein- und Durchzugs der auf das päpstliche Gebiet übergegangenen neapolitanischen Truppen zu: „Am 6. Nov. in der Frühe brachen die hier stehenden französischen Truppen nach Velletri auf, um die Entwaffnung der zwischen Cisterna und Terracina an und auf der Straße der pontinischen Sümpfe lagernden Neapolitaner vorzunehmen, deren Zahl verschiedentlich angegeben wurde. Am 9. Nachmittags begann der Einzug einer großen Masse Kavallerie verschiedener Gattungen: Dragoner, Jäger, Gendarmen. Die große Brücke, welche von hier nach Ariccia führt, war mit Soldaten bedeckt, die bald die lange Hauptstraße Albano's füllten. Menschen und Pferde waren ermattet und theilweise ganz hinfällig; die weißen Mäntel beschmutzt und zerfetzt; Viele ohne Pferde und mit Mühe sich weiter schleppend, viele mit verbundenem Kopf und namentlich an den Augen leidend. Eine kleinere Abtheilung, in besserem Zustande, folgte der ersten; sie hatte ihr Musikkorps bei sich und zog unter klingendem Spiel in das Städtchen ein. Von der Brücke an über Ariccia hinaus und bis Genzano begegnete ich einer Menge von Nachzüglern, welche entweder die Pferde verloren hatten oder sie am Zügel führten, da die Pferde zu kraftlos waren, sie zu tragen. Manche hatten Karren oder Esel gefunden; die Meisten aber zogen langsam und, wie mir schien, todtmüde dahin, Viele hinkend, Viele mit zerrissenen Schuhen, in ihre Mäntel gehüllt, um sich vor dem Nordwinde zu schützen, der seit 36 Stunden mit unerbittlicher Heftigkeit blies, und gegen welchen die zahlreichen Augenkranken mit Mühe ankämpften; viele Soldatenfrauen, theilweise mit Kindern, die halb erstarrt schienen vor Kälte; mehrere Feldkapläne, welche das Ungemach der Soldaten theilten. Die Lokalbehörden von Albano und französische Offiziere thaten das Mögliche, um Dispositionen zu ertheilen und die Leute unterzubringen. Ein bedeutender Theil der Reiterei wurde nach Castelgandolfo, nach Marino, nach Frascati weiter gesandt; Andere, darunter viele Offiziere, blieben in Albano. Alle Ställe waren bald gefüllt, wie die leerstehenden Lokale in den Villen Piambino, Doria u. s. w. Schon Morgens waren Brottranporte nach Velletri abgegangen; Fourage wurde in Albano selbst in Masse ausgegeben. Manche hatten anderthalb Tage lang weder für sich noch für die Pferde Nahrung gehabt; anderthalb Tage lang hatten sie diesseit Terracina bei Tortreponti in der ungesunden Ebene kampirt, im strömenden Regen, welcher der scharfen Winterluft unmittelbar vorausging. — Nachschrift. Nachrichten aus Velletri zufolge wird die Masse der Heranziehenden immer größer. Die ganze Straße der Sümpfe, von Terracina bis Cisterna, soll mit Menschen überfüllt sein, darunter sehr viele Kranke. Man weiß kaum, wo man die nothdürftigste Nahrung finden soll; von Obdach ist für einen großen Theil schwerlich die Rede. Sie kennen die Ortschaften der Albanerhügel und werden somit leicht ermessen, wie unzureichend der Raum selbst für weit geringere Menschenmassen ist. Man wird von Glück sagen können, wenn es ohne Unordnung und namentlich ohne Krankheiten abläuft. Die ungesunde Jahreszeit dieser Niederungen liegt hinter uns, aber die plötzlich eingetretene scharfe Winterluft kann andere Uebel als Wechselfieber entwickeln, und das wochen-, ja, monatelange Lagern der Soldaten in den Ebenen von Caserta bis Fondi in der ungesundesten Zeit hat eine Menge Leute zu Grunde gerichtet.“

Der Uebertritt der neapolitanischen Truppen ist eine wahre Kalamität für die verarmten Provinzen von Latium und Etrurien, über welche sie wie ein Heuschreckenschwarm hergefallen sind. Man hat die Truppen in viele Orte vertheilt: in Frosinone stehen die königlichen Freikorps, deren Exzesse man fürchtet; in Frascati und dem Latinergebirge hat man 3000 Mann einquartiert; die schöne Villa Canti ist jetzt von ihnen angefüllt; man hat andere Korps nach Tuscian gebracht, bis hinauf nach Scrofano und Ronciglione. Ihr Elend ist groß und man fürchtet Räubereien von den Galeerensklaven, deren es unter ihnen viele giebt. Man kauft von den Neapolitanern Waffen und Pferde um Spottpreise. Viele neapolitanische Offiziere in Zivil sind in Rom. Die Papisten äußern laut ihre Erbitterung, daß ein Korps von 30,000 Mann mit 63 Geschützen, statt sich zu schlagen, beim heiligen Vater sich zu Gast gebeten hat, eine traurige Ehre, welche die päpstlichen Finanzen um mindestens 6000 Scudi täglich ärmer macht.

Die Mailänder „Perseveranza“ meldet aus Turin vom 18. November: Hier zirkulirt das Gerücht, König Franz II. beabsichtige, sich nach Rom zum Papste zu begeben, sobald ein längerer Widerstand in Gaëta unmöglich wird. Die von ihm nach Civitavecchia expedirten Truppen sollen in Rom zu seiner und des Papstes Verfügung dienen. — Victor Emanuel wird bald nach Sicilien abgehen. Eine bedeutende Truppenmacht ist bereits dahin abgesendet worden.

Aus Florenz, vom 4. Nov., schreibt man der „A. Z.“ über die Behandlung der Kriegsgefangenen: „Ohne Gnade und Barmherzigkeit mußten diese Bursche zum Theil barfuß und mit schrecklich geschwollenen Füßen weiter marschiren. Den Offizieren wurden in Genua täglich 2 Frs. verabreicht, wofür sie auch noch ihre Wohnung (bekanntlich gegen 2 Frs. täglich) bestreiten sollten. Endlich hörten auch diese 2 Frs. täglich auf, indem die Regierung erklärte: die Offiziere seien nun frei, und deshalb zahle sie nicht mehr. Einige Offiziere machten sich nun nach dem Römischen auf, weil sie dort ihre Heimath haben. Da wurde diesen „freien“ Offizieren erklärt: sie könnten dorthin nicht zurückkehren, und so sind sie vorläufig, von allen Hülfsmitteln entblößt, hier in Florenz sitzen geblieben. Man wird kein Erbarmen mit ihnen haben, weil sie das Anerbieten, in piemontesische Dienste zu treten, abgeschlagen und sich dem Papst immer noch als eidverbunden erklärt haben.

Der Minister Casella ist unerschöpflich in Protestnoten. Er hat unter dem 8. Nov. wiederum eine neue abgefaßt, worin er Verwahrung gegen das Plebiszit einlegt, weil es sich um „ein von der Revolution bearbeitetes, einer Menge Abenteurer Preis gegebenes Volk“ handle, während „der legitime König noch einen Theil seines Reiches besetzt halte“: dies verletze das Völkerrecht. Zudem habe bei der Abstimmung keine Freiheit geherrscht; alle Gesetze seien auf den Kopf gestellt u. s. w.; ein solcher Akt könne die Kronrechte des Königs Franz nimmermehr aufheben oder die Unabhängigkeit des Königreichs beider Sicilien in Frage stellen.

Aus Neapel, 9. Nov., wird der „K. Z.“ geschrieben: Gestern fuhr der König zum ersten Male aus, nachdem er am Tage vorher die ganze Zeit damit zugebracht hatte, mit Farini zu arbeiten. Ueberall, wohin er kam, wurde er mit den lebhaftesten Evviva's begrüßt. Eine Bande Lazzaroni umgab den Wagen, schrie fortwährend und ließ nicht von ihm, bis er in den Palast eintrat. Am nächsten Montag wird Se. Majestät nach Palermo abreisen. Der Empfang in dieser ehemals so unsäglich unglücklichen Stadt wird nach alle dem, was man hier darüber vernimmt, ein ganz außerordentlich warmer und festlicher sein.

Die berüchtigte Proklamation des Generals Cialdini wird noch übertroffen durch eine Proklamation des Gouverneurs der Provinz Teramo (de Virgilii), welche die Turiner „Opinione“ mittheilt und deren furchtbare Strenge ihr auch durch die scheußlichsten Exzesse der Reaktion nicht entschuldbar scheint. Der Gouverneur empfiehlt kraft der ihm (wie allen Gouverneurs) verliehenen ausnahmsweisen und unbeschränkten Vollmacht: Alle Gemeinden, in denen sich reaktionäre und räuberische Bewegungen gezeigt haben oder zeigen sollten, werden in Belagerungszustand versetzt, in allen diesen Gemeinden eine allgemeine Entwaffnung vorgenommen, Jeder, der diesem Befehle nicht vollständig in der bestimmten Frist (von 24 Stunden) entspricht, mit der ganzen Strenge der Militärgesetze bestraft, Zusammenrottungen auseinandergetrieben, „die mit den Waffen in der Hand ergriffenen Reaktionäre füsilirt“. „Die Getäuschten und Verführten, die bei der Ankunft der nationalen Truppen die Waffen niederlegen und sich ergeben, werden begnadigt, dagegen den Führern und Anstiftern kein Quartier gegeben, falls sie sich nicht auf Gnade und Ungnade und ohne den mindesten Widerstand ergeben; in diesem Falle wird ihnen das Leben geschenkt. Die Verbreiter von allarmirenden Gerüchten, sowie die, welche direkt oder indirekt Zwietracht und Anarchie befördern, werden als Reaktionäre angesehen, verhaftet und militärisch und mit summarischem Verfahren bestraft.“ „Das ist“, sagt selbst das ministerielle Turiner Blatt, „der Terrorismus in seiner scheußlichsten Gestalt, und es wäre ein schlimmes Zeichen, wenn der Regierung die Kraft mangelte, diesen Gouverneur ungesäumt vom Platz zu jagen.“

Der „N. Z.“ wird aus Neapel, 11. Nov., geschrieben: Farini ist als Generalstatthalter eingesetzt, und das neue Ministerium tritt in Thätigkeit. Die Aufgabe wird bei den hiesigen, Dank der Bourbonenherrschaft gänzlich zerrütteten Zuständen und besonders der Verderbtheit und Indolenz des Beamtenthums keine leichte sein. Von letzterer gab der traurige Zustand der nicht ohne Großartigkeit angelegten, aber beim Einzuge des Königs kaum halb vollendeten Empfangsanstalten einen neuen Beweis. Zugleich erhielt der König gleich beim Eintritte einen deutlichen Fingerzeig, wie unendlich viel hier umzuschaffen sein wird. Schien es doch Jedem, der noch am Tage vor dem Einzuge die Straßen durchwandernd die im Entstehen begriffenen gewaltigen Vorbereitungen musterte und zugleich die Lässigkeit beobachtete, mit der die Verehrer des dolce far niente die Arbeit bereits seit mehreren Wochen betrieben; schien es doch Jedem, als wären die an der Spitze stehenden Herren der Ansicht, der König gedenke zuvor noch Rom und Venetien zu erobern. In der That fehlten zeitweise auch die Mittel zur Anstellung einer größeren Anzahl Arbeiter, da von den 120,000 von der Stadt bewilligten Dukati über die Hälfte in die Taschen der betreffenden Beamten gewandert sein soll. Auch die Reaktion ließ diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorüberziehen: zahlreichen bei den Festanlagen beschäftigten Arbeitern wurde in der Beichte von den Priestern verboten, solchem unheiligen Zwecke ihre Kräfte zu leihen. Jetzt, wo der König den Palast der Bourbonen in Besitz genommen, arbeitet man Tag und Nacht, um am 17. d., wie bis jetzt festgesetzt ist, den brillanten Empfang noch nachzuholen. Schon erhebt sich gegenüber dem Schlosse und vor der Kirche San Francesco di Pola ein kolossaler zweithoriger Bau, der auf zwei gewaltigen Transparenten die trauernde Roma und die gefesselte Venetia zeigt. Auf beiden Seiten der Toledostraße erheben sich von dreißig zu dreißig Schritt auf hohen Postamenten mehr als lebensgroß die Statuen der hundert größten italienischen Städte, welche dem Re eletto einen goldenen Kranz entgegen halten. Es ist auch zum Ergötzen der Menge für Volksspiele gesorgt, und hoch über der Stadt auf S. Elmo wird ein großartiges Feuerwerk abgebrannt werden. — General Fanti hat heute vom General Salzano die Anzeige erhalten, daß sich 1010 Garibaldianische Gefangene in Gaëta befinden. Zur Auswechselung wird sofort eine gleiche Anzahl bourbonischer Gefangener von Neapel nach Mola di Gaëta transportirt werden. — Unter verschiedenen Arbeiterklassen sind Strikes ausgebrochen. Die Schneider haben bereits eine Lohnerhöhung durchgesetzt; ebenso die Eisenarbeiter, die widrigenfalls mit Anzündung der Fabriken gedroht hatten. Es treibt sich hier allerlei spionirendes Gesindel umher. — Ueberall im Lande wird für das Heer in großartigem Maaßstabe geworben. — Das Dunn'sche Korps wird durch 4 Bataillone verstärkt und außerdem eine Fremdenlegion unter Anführung des aus dem badischen Aufstande bekannten jetzigen Obersten Becker, eines Freundes Garibaldi's, errichtet werden.

General della Rocca hat dem General Sirtori die Meldung gemacht, der König habe verordnet, daß diejenigen Freiwilligen, die sich auf Sicilien und in Neapel ausgezeichnet, die Denkmünze des Ordens von Savoyen für Tapferkeit im Kriege erhalten sollen. Der Ausschuß, welcher durch obige Erlasse angeordnet worden, besteht aus den Generalen Sirtori, Medici, Cosenz, Fanti und Cialdini; man wird bemerken, daß die Majorität, die drei Erstgenannten, aus Garibaldischen Generalen besteht.

Aus Neapel, vom 12. Nov., wird berichtet, daß die Provinzen der Reihe nach Huldigungs- und Beglückwünschungsdeputationen an den König Victor Emanuel schicken; die Deputation aus der Provinz Bari eröffnete den Reigen.

König Victor Emanuel hat am 16. Nov. dem greisen sicilianischen Patrioten Ruggiero Settimo, der 1848 Haupt der provisorischen Regierung war, den Annunziada-Orden verliehen. Ruggiero Settimo lebte seit 1848 auf Malta, erschien jedoch unvermuthet bei der Abstimmung auf der Bürgermeisterei in Palermo, um sein Ja für die Einverleibung abzugeben. Hierauf hat der Nestor der italienischen Patrioten einen Brief an Victor Emanuel gerichtet, worin er demselben seine Treue und seine Freude kund gab. Der König schickte ihm sofort das große Kollier seines höchsten Ordens zu.

Die Mailänder „Perseveranza“ vom 20. Nov. theilt mit, daß am 14. d. zu Neapel neuerdings eine Demonstration zu Gunsten Frang II. stattgefunden habe. Tausende der Bevölkerung des ärmsten Stadttheils hätten unter dem Rufe: „Es lebe Franz II.“ die Straßen durchzogen; sie hätten die piemontesischen Fahnen herabgerissen und bourbonische aufgepflanzt. Beim Bahnhofe sei die Volksmasse von der Nationalgarde umringt, größtentheils gefesselt und eingekerkert worden.

Die „Neue Münchener Zeitung“ vom 21. Nov. enthält eine Mittheilung aus Neapel, nach welcher in der Provinz Abruzzo ulteriore die Reaktion um sich griff. In den Distrikten Aquila, Avezzano und Civita Ducale hat General Pimelli den Belagerungszustand verkündigen müssen.

Die französische Legion hat an General Türr nachstehende Adresse gerichtet:

„General! Indem wir uns bereit erklärten, der Sache der italienischen Unabhängigkeit zu dienen, hatten wir zugleich die Absicht, in Zukunft die Waffengefährten aller Völker zu sein, welche sich für ihre unterdrückte Nationalität erheben. Ungarn bereitet sich in dem gegenwärtigen Augenblick vor, seine Fahne neuerdings zu entfalten, welche nur die Koalition der Tyrannen für eine kurze Zeit besiegen konnte. Wir kommen daher, Herr General, zu Ihnen, einem der Helden des italienischen Kampfes, um Ihnen auch für die Befreiung Ungarns die Mitwirkung eines Korps anzubieten, welches, wenn es auch nicht all' den gewünschten Ruhm erntete, doch wenigstens ein reines Gewissen in Beziehung seiner Aufopferung und Selbstverleugnung besitzt. Wir bedauern den Verlust unseres Führers auf das Innigste, welcher für die Freiheit Frankreichs gelitten und für die Befreiung Italiens gefallen ist. Sein Name wird uns in Zukunft eine Verbrüderungsstandarte sein, denn er starb auf dem Felde der Ehre als ein ruhmvolles Beispiel des Muthes und der Aufopferung. An dem Tage also, an welchem Ungarn unsere Hülfe willkommen wäre, haben Sie, General, uns nur ein Wort zu sagen, nur ein Zeichen zu geben, um die Kompagnie de Flotte herbeieilen zu sehen, welche sich überaus glücklich und ausgezeichnet fühlen wird, dem Tapfern, welcher ihr am Volturno zuerst Gerechtigkeit widerfahren ließ, auch an die Ufer der Theiß zu folgen!“ (Folgen die Unterschriften.)

Spanien.

Madrid, 15. Nov. [Vom Hofe; Bankett.] Die „Correspondencia“ meldet, daß die Königin sich in einem interessanten Zustande befindet. — Die französische Gesandtschaft giebt heute ein Bankett von 32 Gedecken. General Odonnell und andere hohe Würdenträger werden dabei zugegen sein.

Rußland und Polen.

Aus dem Königreich Polen, 19. Novbr. [Militärisches; Schulwesen; Träume; Verhaftung.] Die Märsche der aus dem Lager für die Gegenden längs der Grenze zu locirenden Truppen dauern noch fort; in Konin sind 1000 Mann Infanterie einstweilen locirt, was der Stadt sehr willkommen ist, da überall Nahrungslosigkeit herrscht und aller Verkehr stockt. — Von der Errichtung eines Gymnasiums in Konin, das wegen Mangels einer solchen Anstalt im Umkreise von 6 — 7 Meilen sehr wohlthätig gewesen wäre, soll, wie wir hören, Abstand genommen und nur eine Art Kreisschule mit drei bis vier Klassen etablirt werden. — Die Nachricht, daß eine Verfassung für das gesammte russische Reich einer besonderen Kommission zur Ausarbeitung übergeben worden, hat hier nicht den mindesten Eindruck gemacht. Nicht etwa, daß man an der Wahrheit der Sache zweifelte; aber es gehen jetzt ganz andere Projekte in den Köpfen der exaltirten Polenpartei herum und diese weiß es jetzt schon ganz gewiß, daß Kaiser Napoleon den Kaiser Alexander zu veranlassen gesucht habe, dahin zu wirken, daß Preußen und Oestreich in die Gründung eines souveränen Polenreichs unter einem Prinzen aus einem deutschen Fürstenhause willigen. Daß denen, welche dies Projekt fast schon als realisirt und das Polenreich als Großmacht fertig ansehen zu dürfen glauben, es ganz gleichgültig sein muß, ob Rußland eine Verfassung erhält oder nicht, liegt am Tage. Sie haben ganz andere Sorgen, denn sie sind natürlich fest entschlossen, den ihnen aufzudrängenden fremden König möglichst bald zu vertreiben und aus ihrer Mitte einen nach dem jetzt üblich werdenden System der freien Volksabstimmung zu wählen! So unglaublich das hier Gesagte klingen mag, so existirt doch wirklich der Glaube daran. Die Ruhigen sind natürlich weit davon entfernt, sich solchen Illusionen hinzugeben und suchen nach wie vor ihre nationale Entwickelung auf sicheren Fundamenten zu begründen; allein es sind der Exaltirten immer noch genug, um solchen anerkennenswerthen Bestrebungen hemmend in den Weg zu treten; Unzufriedenheit wird unter ihnen immer herrschen, die Sachen mögen sich gestalten, wie sie wollen, und jener Schriftsteller hatte nicht Unrecht, wenn er sagt: „Diese Partei würde, wenn alle Gründe ihrer Unzufriedenheit behoben wären, zuletzt erst recht unzufrieden sein darüber, daß sie keine Ursache mehr hätte, unzufrieden zu sein.“ — Im Lubliner Kreise wurde kürzlich ein Individuum verhaftet, welches versuchte, die Bauern zu überreden, sie müßten jetzt sich bereit halten; denn Garibaldi sei in Italien fertig und werde nun die Polen befreien, d. h. sie würden keine Dienste mehr leisten und keine Steuern mehr zahlen dürfen. Welch gesunder Sinn übrigens in den Landleuten wohnt, und wie, trotz gänzlichen Mangels jeder Volksbildung, sie dennoch durch solche Faseleien sich nicht bethören lassen, dürfte daraus zu ersehen sein, daß die Bauern selbst den Aufwiegler festnahmen und ans nächste Woytamt ablieferten.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 16. Nov. [Russische Annexion; skandinavistischer Nationalverein.] Die Annexionen im südlichen Europa scheinen auch in Rußland, das bekanntlich von jeher in diesem Stücke nicht sehr skrupulös gewesen, alte Gelüste neu belebt zu haben. Der russische Oberst Alfthom (?) nämlich hat kürzlich in Petersburg eine Karte über Rußland herausgegeben, auf welcher die russische Grenze 10 Meilen in Norwegen hinein verlegt worden ist und sich bis zu einer tiefen Bucht, des für Kriegsschiffe jeglicher Größe zugänglichen Waromgerfiords, erstreckt. Die Sache verdient jedenfalls Beachtung, da die betreffende Karte im topographischen Bureau des Generalstabs in Petersburg erschienen ist, und Oberst

(Fortsetzung in der Beilage.)

Alfthom als Stabsoffizier über die wahre Grenze, die durch den 2 Artikel des Grenztraktats von 1826 genau bestimmt worden ist, nicht in Unkenntniß sein konnte. Auch ist thatsächlich der betreffende Distrikt, der auch für den Fischfang von Bedeutung ist, früher bereits ein Gegenstand lebhaften Verlangens der russischen Regierung gewesen. — In der Presse werden seit Kurzem Vorschläge zur Bildung eines skandinavistischen Nationalvereins laut. Derselbe soll ganz offen die Vereinigung Schwedens, Norwegens und Dänemarks zu Einem Reiche als sein Ziel hinstellen. (B. Z.)

Asien.

Hongkong, 30. Septbr. [Die Expedition gegen China.] Nach Berichten der „Patrie" waren im Lager der Verbündeten zwei chinesische Bevollmächtigte eingetroffen, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der französische Vizeadmiral hatte Ordre gegeben, daß die in Schanghai, Hongkong und im Kantonflusse gebliebenen Transportschiffe nach dem Petscheli abgehen sollten, um bei der Fortführung der bei der chinesischen Hauptstadt kampirenden Truppen behülflich zu sein. In Folge dessen waren von Hongkong 6 Transportdampfer nach dem Petscheli abgegangen, wo sich bereits 25 französische Kriegsschiffe befanden, ungerechnet die im Peiho befindlichen Kanonenboote.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Nov. [Der Regierungs-Vize-Präsident Freiherr v. Mirbach] ist durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 19. d. M. unter Anerkennung seiner Verdienste in einstweiligen Ruhestand versetzt. Diese Nachricht hat kaum überraschen können, vielmehr wurde ein solcher Schritt schon früher erwartet, da es nicht unbekannt ist, daß Hr. v. Mirbach politischen Ansichten huldigt, welche in wesentlichen Punkten von denjenigen abweichen, welche das Ministerium im Interesse des Landes als die ersprießlichsten anerkennt, und hinsichtlich deren es von den Chefs der Landesbehörden eine auf Ueberzeugung gegründete Uebereinstimmung wünschen muß. Unter den hier obwaltenden Verhältnissen ist es zu bedauern, daß eine solche Uebereinstimmung herbeizuführen, nicht gelungen ist. Denn auch Diejenigen, welche die politischen Ansichten des Hrn. v. Mirbach nicht theilen, versagen doch seiner Charakterfestigkeit, wie seinen hervorragenden Eigenschaften als Beamter nicht ihre Anerkennung.

k Posen, 22. Nov. [Zur Beachtung.] Bereits am 2. August 1853 war von einer großen Anzahl Düsseldorfer Kaufleute und Fabrikanten die öffentliche Erklärung ausgegangen, sie seien bereit, Zöglingen ihrer Realschule, welche aus der Prima mit dem Zeugnisse der Reife abgingen, wenn sie in ihr Geschäft einträten, die übliche Lehrzeit um Ein Jahr zu kürzen. Nun erklärte ein Reskript des k. Provinzial-Schulkollegiums zu Koblenz vom 28. Sept. (schon in Nr. 261 ds. Ztg. mitgetheilt; d. Red.), durch jene Bekanntmachung sei die vortheilhafte Wirkung hervorgerufen worden, daß manche Schüler ihren Schulbesuch verlängert hätten. In Folge dessen fand das Oberbürgermeisteramt zu Köln sich bewogen, die dortige Handelskammer zu ersuchen, sie möchte auf ähnliche Begünstigungen für die Abiturienten der Kölner Realschule hinwirken. Die Handelskammer hat zwar das Gesuch mit dem Bemerken zurückgereicht, daß die Bestimmung der Lehrzeit für Handelsbeflissene in allen Fällen Gegenstand der Privatvereinbarung sei, aber zugleich die Billigkeit einer Verkürzung der Lehrzeit für Abiturienten der Realschule anerkannt. Sollte die Posener Kaufmannschaft sich nicht veranlaßt fühlen, der hiesigen Realschule die gleiche Anerkennung und damit den Zöglingen derselben eine heilsame Ermuthigung zur Vollendung ihres Schulkursus angedeihen zu lassen?

ρ Schrimm, 20. Nov. [Trauerandacht.] Unlängst wurde auch hier eine Trauerandacht für die in den letzten Kämpfen gefallenen Freiwilligen in der päpstlichen Armee abgehalten.

r Wollstein, 20. Nov. [Israelitische Lehrerbildungsanstalt Feuer.] Als zu Michaelis v. J. in Berlin unter Oberaufsicht der Staatsbehörden eine Lehrerbildungsanstalt für Israeliten gegründet worden, (die einzige in den östlichen Provinzen des Staates) hegte man allgemein die Erwartung, die jüdischen Gemeindevorstände unserer Provinz, in der bekanntlich über 1/3 sämmtlicher Juden des preußischen Vaterlands wohnen, würden der Anstalt, die ausschließlich von der jüdischen Gemeinde zu Berlin erhalten wird, Stipendien für aufzunehmende Zöglinge aus unserer Provinz zuwenden, damit dem immer mehr überhandnehmenden Mangel an jüdischen Lehrern einigermaßen gesteuert werde. Diese gerechte Erwartung hat sich nicht realisirt und wie mir mitgetheilt wird, befindet sich nur ein Zögling aus der Provinz Posen in der Anstalt, was daher rührt, weil es für Kinder nicht wohlhabender Eltern (und fast nur solche widmen sich bekanntlich dem Lehrfache) unmöglich ist, sich für die zweijährige Dauer des Kursus in Berlin zu erhalten. Die Gemeindevorstände unserer Provinz möchten dies bei Aufstellung der Gemeindeetats pro 1861 wohl beherzigen und ein Scherflein auf dieselben bringen, Behufs Unterstützung von Zöglingen aus der Provinz, welche die Lehrerbildungsanstalt besuchen. — In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurden die Bewohner unserer Stadt durch Feuerlärm geweckt. Es brannte das Wohnhaus des Müllermeisters B. Das Feuer hätte, weil sich in unmittelbarer Nähe desselben Gebäude mit Schindelbedachung befinden, für einen einen Theil Stadt sehr gefährlich werden können, wenn es nicht der Thätigkeit der sofort herbeigeeilten Löschmannschaft gelungen wäre, dasselbe auf seinen Herd zu beschränken. Die Entstehungsart ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

Angekommene Fremde.

Vom 21. November.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Rutkowski aus Bzowo und v. Rutkowski aus Lawice, Frau Rittergutsb. v. Baranowska und Fräul. v. Baranowska aus Roznowo, Fräul. Niche und Gutsbesitzer Niche aus Ober-Pritschen, Oberamtmann Burghard aus Węglewo und Wirthsch. Inspektor Klug aus Mrowino.

SCHWARZER ADLER. Gutspächter Cegielski aus Targowisko und Gutsbesitzer Sellenthin aus Komorowo.

BAZAR. Probst Majewski aus Schildberg, Frau Gutsb. Gräfin Czarnecka aus Rakwitz, die Gutsb. v. Niegolewski aus Morownica, Szołdrzyński aus Siernik, v. Mlicki sen. und jun. aus Leszcze und v. Potworowski aus Polen.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsb. Graf Mycielski aus Dembno, Graf Grabowski aus Downitz und v. Ostrowski aus Guttowo, Kaufmann Lehmann aus Berlin, die Gutsb. v. Kastkowski und v. Chitkowski aus Wreschen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Graf Salewski aus Reisen, Stegemann und Heinze aus Preußendorf, Frau Gutsb. v. Chłapowska aus Bonikowo, Pastor Mischke aus Runau, die Kaufleute Witthems aus Kettwig, Winkelmann und Landsberger aus Berlin, Schellert aus Magdeburg, v. Loesen aus Breslau und Schember aus Frankfurt a. M.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Ahrendt aus Berlin, Febon aus Alt-Breisach und Mumm aus Köln, Fabrikant Franzbach aus Berlin, Eigenthümer Zirkenbach aus Gnesen und Gutsinspektor Werner aus Wreschen.

HOTEL DE PARIS. Probst Kurowski aus Grodzißczko, die Gutsbesitzer v. Bojanowski aus Skoraczewo und Lichtwald aus Bednary.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Koszutski aus Modliszewko und v. Witte aus Budzislaw, Landwirth v. Scholtz aus Grätz, die Pröbste Rudal aus Budzyn und Hebanowski aus Neustadt b. P., Kaplan Hoffmann aus Glogau, Maurermeister Tyrocke und die Kaufleute Nandel aus Gnesen, Wruk aus Czarnikau, Ollendorff aus Rawicz und Köhn aus Berlin.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Baumann aus Birnbaum, Stargard aus Schwerin a. W., Fränkel aus Grätz und Joseph aus Wronke.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Gebrüder Tändler aus Rogasen und Schreyer aus Żerkow, Fräul. Cohn aus Peysern und Fräul. Salomon aus Janowiec.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Pincus aus Santomysl, Neumann und Schuhmachermeister Gutzmann aus Chodziesen, Handelsmann Lindau und Kaufmann Zowade aus Ryczywół.

DREI LILIEN. Kaufmann Milewski aus Exin.

KRUG'S HOTEL. Handelsmann Strecke aus Ullersdorf, Negotiant Gärtner aus Breslau und Handlungsreisender Nemak aus Berlin.

ZUM LAMM. Frau v. Gockowska aus Tuminek und Eigenthümer Roi aus Sinskowitz.

PRIVAT-LOGIS. Kaufmann Liedke aus Bromberg, Berlinerstraße 11; Bürger Szymański aus Grätz, Klosterstraße 1; die Gutsb. v. Sikorski aus Kosztowo und v. Sikorski aus Mielżyn, Friedrichsstraße 22; Lieutenant a. D. Brettner aus Wien, Gerberstraße 56; Frau Doktor v. Zagrodzka aus Bomst, Ritterstraße 7.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Subhastation des im hiesigen Kreise belegenen Ritterguts **Wszemborz** ist zurückgenommen und demzufolge der am 26. November c. anstehende Lizitationstermin aufgehoben.

Wreschen, den 19. November 1860.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Wreschen, I. Abtheilung.

Das der **Nepomucena v. Skaławska** geb. **v. Białobłocka**, jetzt deren Erben zugehörige Rittergut **Babin**, nebst dem abgezweigten Vorwerke **Sierakowo**, abgeschätzt auf 35,082 Thlr. 7 Sgr. 2 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe soll

am 30. Januar 1861 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger der **Thaddäus v. Bieńkowski**schen Liquidationsmasse, die Erben resp. Rechtsnachfolger des **Isidor Stern**, der Appellationsgerichts-Referendarius **Solms** und die Erben resp. Rechtsnachfolger des **Chrysostom v. Niegolewski** werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche bei uns zu melden.

Wreschen, den 16. Juni 1860.

Proclama.

Königliches Kreisgericht Schneidemühl, den 25. Juli 1860.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Dorfe **Morzewo**, Chodziesener Kreises, sub Nr. 7 belegene, den **Franz** und **Rosalie** gebornen **Kachur**, verwittwet gewesenen **Slomowicz — Prauke**schen Eheleuten gehörige Grundstück, abgeschätzt auf 5202 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserer Registratur einzusehenden Taxe soll im Termin

den 23. Februar 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich damit bei dem Gerichte zu melden.

Die unbekannten Erben des Leibgedingers **Peter Steinberg** zu **Morzewo**, des Mühlenbesitzers **Joseph Pilat** zu **Rzadtkowo** und des Krügers **Karl Brummer** zu **Dziembowo** werden zum obigen Termin hiermit öffentlich vorgeladen.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:
Pinchen Kauhl,
Jacob Pincus.
Posen. Santomysl.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Frl. E. Krüger mit dem Dr. G. Simon; Bissy: Frl. Heyer mit dem Sekretär Roth; Friedeberg a. O.: Fräul. Neumann mit dem Kaufm. Neumann; Ziegenhals: Frl. Florian mit dem Kaufmann Bayer; Charlottenbrunn: Frl. Scholz mit dem Kreisg. Aktuar Büchler; Berlin: Frl. Friedemann mit dem Herrn Werther; Carolath: Frl. Spangenberg mit dem Buchhändler Flemming.

Verbindungen. Berlin: Freiin v. Staël-Holstein mit dem Reg. Rath v. Fritsche; Breslau: Gräfin v. Zieten mit dem Prem. Lieuten. v. Schlichting.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Siebelist in Berlin, dem Pfarrer Ullmann in Zühlsdorf; eine Tochter dem Hrn. Risselmann in Berlin, dem Hrn. v. Roehl in Grögersdorf, dem Markscheider Güntzel in Ob. Waldenburg, dem Kalkulator Jackisch in Breslau, dem Kammerherrn v. Oertzen auf Brunn.

Todesfälle. Major a. D. v. Rosenzweig in Danzig, Fr. A. v. Viereck in Weitendorf, Graf v. Hohenthal in Döbernitz, Frl. G. v. Gall in Kiel, Bahnhofsinsp. Krux in Neu-Zelle, Stationsvorst. Buchwaldt in Rudzinitz, Kaufmann Berthold in Glogau, Hr. E. v. Götz in Brzezinke, Steuerrath a. D. Lüdersdorff in Liegnitz.

Stadttheater.

Donnerstag, wegen Vorbereitungen zu dem neuen Stücke: **Die Pariser Sitten** bleibt die Bühne geschlossen.

Freitag: Achtes Gastspiel der Frau **Agnes Wallner** von Berlin und zum Benefiz derselben. Zum ersten Male: **Die Pariser Sitten.** Schauspiel in 5 Akten nach Le demi Monde von Alexand. Dumas (Sohn). Für die deutsche Bühne bearbeitet von A. Prix. — Baronin d'Ange — Frau **Wallner,** als achte Gastrolle.

Die bestellten Billets können heute bei Herrn **Caspari** in Empfang genommen werden.

In Vorbereitung: **Orpheus in der Unterwelt.**

Die geehrte Theaterdirektion wird ersucht, während der Anwesenheit der Frau Wallner das mit so großem Beifall aufgenommene Stück: „Die neue Magdalena" noch einmal zur Aufführung zu bringen.

Mehrere auswärtige Theaterfreunde.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 22. Novbr. 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	86¾	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	101	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¾	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	116½	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	101⅜	—
" 3½ " "	—	94⅝	—
" 4 neue "	—	—	90⅞
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ "	—	—	—
Poln. 4 "	87¾	—	—
Posener Rentenbriefe	—	93⅛	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¼	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98	—
" Provinzial-Bankaktien	81	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	89	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen weichend, gekündigt 25 Wspl., pr. Nov. 43⅞ bz. u. Br., Nov.-Dez. 43⅞—¾ bz., Dez.-Jan. 43⅞—¾—⅝ bz., Jan.-Febr. 43 11/12—⅞ bz., Frühjahr 44¼ bz.

Spiritus matt, mit Faß pr. Nov. 19¾ G., Dez. 19⅔ Gd., ¾ Br., Jan. 19¾ Gd., Jan.-Febr.-März 19 11/12 Br., März 20 1/12 bz., April-Mai 20⅓ Br., ¼ G.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 21. Nov. Vorm. 7 Uhr 2 Fuß 2 Zoll.
" 22. " " " 2 " 3 "

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Nov. Witterung: bedeckte rauhe Luft. Wind: NW. Barometer: 28⁴. Thermometer: 3° +.

Weizen loko 73 a 83 Rt. nach Qual.

Roggen loko 49½ Rt. bz., p. Nov. 50⅜ a 50¼ Rt. bz. u. Br., 50 Gd., p. Nov.-Dez. 50 a 49⅞ Rt. bz. u. Gd., 50 Br., p. Dez.-Jan. 49¾ a 50 Rt. bz. u. Br., 49¾ G., p. Frühj. 49½ a 49¼ Rt. bz. u. Gd., 49½ Br.

Große Gerste 45 a 49 Rt.

Hafer loko 27 a 30 Rt., p. Nov. 28 Rt. bz., 27¾ Gd., p. Nov.-Dez. 27½ Rt. bz., p. Frühj. 27 a 27½ Rt. bz.

Rüböl loko 11⅞ Rt. bz. u. Br., p. Nov. 11⅜ a 11⅞ Rt. bz. u. Br., 11 17/24 Gd., p. Nov.-Dez. 11⅜ a 11¾ Rt. bz. u. Br., 11 17/24 Gd., p. Dez.-Jan. 11⅜ a 11¾ Rt. bz. u. Br., 11 17/24 Gd., p. Jan.-Febr. 11⅝ a 11⅞ Rt. bz., Br. u. Gd., p. April-Mai 12⅛ a 12 5/24 Rt. bz., 12¼ Br., 12⅛ G.

Spiritus loko ohne Faß 20⅛ a 20¼ Rt. bz., mit Faß p. Nov. 20 5/12 a 20⅛ a 20¼ Rt. bz. u. Br., 20⅛ G., p. Nov.-Dez. 20 a 19 11/12 Rt. bz. u. G., 20 Br., p. Dez.-Jan. 20 a 19 11/12 Rt. bz. u. Gd., 20 Br., p. Jan.-Febr. 20 a 19 11/12 a 20 Rt. bz., Br. u. Gd., p. April-Mai 20¾ a 20⅝ Rt. bz. u. Gd., 20¾ Br.

Weizenmehl 0. 5½ a 5⅝, 0. u. 1. 5⅛ a 5¼ Rt. Roggenmehl 0. 3⅞ a 3 11/12, 0. u. 1. 3⅓ a 3⅔ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Nov. Wetter: trübe, + 3° R. Nachts Frost und Schneefall. Wind: NW.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 75—80 Rt. nach Qual. bz., 85pfd. gelber p. Nov. 81 Rt. bez., 84/85pfd. 79¾ Rt. bz., 83/85pfd. 79 Rt. Br., 85pfd. p. Frühjahr 81 Rt. Br., 80½ Gd., 83/85pfd. 77½ Br., 77 Gd.

Roggen loko p. 77pfd. 46½—47 Rt. nach Qual. bz., 77pfd. p. Nov. 47¼ Rt. bz., p. Nov.-Dez. do., p. Frühj. 47, 47½ Rt. bz.

Gerste, p. 70pfd. Oderbruch 45½—46 Rt. bz., märk. 44 Rt. bz., pomm. 39—40½ Rt. bz., p. Frühj. 68/70pfd. vorpomm. 43 Rt. bz.

Hafer ohne Umsatz.

Erbsen, kleine Koch- loko 48—52 Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
66—78,	44—49.	36—39.	22—26.

Erbsen 48—50 Rt.

Kartoffeln 16—19 Sgr.

Heu 16—20 Sgr.

Stroh 6—6½ Rt.

Rüböl loko 11 13/24 Rt. bz., 11 7/12 Br., p. Nov. u. p. Nov.-Dez. 11 7/12 Rt. Br., p. April-Mai 12 5/24 Rt. bz., ⅛ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 20½ Rt. bz., p. Nov. 20¼ Rt. bz. u. Gd., p. Nov.-Dez. u. Dez.-Jan. 19 11/12, ⅝ Rt. bz., p. Frühj. 20⅔ Rt. bz., ⅔ Br., p. Mai-Juni gestern Abend 21 Rt. bz. u. Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 21. Nov. Wetter: Seit heute Morgen Schneetreiben mit Thauwetter.

Weißer Weizen 85—90—93—98 Sgr., gelb 75—80—90—94 Sgr.

Roggen, 63—64—66½ Sgr.

Gerste, gelbe 48—57 Sgr., feine weiße 58—64 Sgr. p. 70pfd.

Hafer, 28—30—32½ Sgr.

Erbsen, 70—75—76 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 93—95—97½ Sgr., Sommerrübsen 68—72—80 Sgr.

Rother Kleesamen, 12—13—14½ Rt., neuer 15—16, weißer 12—15, feiner 16—17½—20½ Rt. Thymothe 9—10½ Rt. alles nominell.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 20½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen, p. Nov. 51¼ bz., Nov.-Dez. 50½ Br., Dez.-Jan. 50½—50 bz., April-Mai 50½ bz., Mai-Juni 51 bz.

Rüböl loko 11⅝ Br., p. Nov. u. Nov.-Dezbr. 11 7/12 Br., p. Dez.-Jan. 11⅝ Br., Jan.-Febr. 11¾ Br., Febr.-März 11⅞ Br., April-Mai 12 Br., Mai 12 bz.

Spiritus loko 20 7/12 Gd., p. Nov. 20 5/12—20⅓ bz. u. G., Nov.-Dez. 20¼ bz. u. Gd., Dez.-Jan. 20½ Br., Jan.-Febr. 20½ Gd., April-Mai 21 Gd., 21⅛ Br. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Wien, 19. Nov. [Schafwolle.] In voriger Woche wurden von einem Basler Haus ca. 4—500 Ztr. weiße, mittel Tuch- und Kammwollen, Oedenburger Gegend, in den Preisen von 160—165 Fl. und einige Partien russische und ungarische Mitteleinschuren von Fabrikanten aus Brünn und Böhmen vom Platze genommen. Die Mittelwollen stellten sich mit einigen Gulden zum Vortheile der Käufer.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 21. Nov. Weizen loko zu ermäßigten Preisen einzelne Fragen. Ab Auswärts sehr ruhig. Roggen loko stille, ab Ostsee unverändert. Oel, November 25⅞, Frühjahr 26⅞. Kaffee etwas fester, aber ohne Umsatz. Zink stille.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 21. Novbr. 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75 bz
Aachen-Mastricht	4	12½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	79¼ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	85 bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	114 bz
Berlin-Hamburg	4	111½ B
Berl. Potsd. Magd.	4	135⅛ B
Berlin-Stettin	4	103½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	84¾ B
Brieg-Neiße	4	51⅛ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	132½ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	38 B
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	80 G
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	132 G
Magdeb. Halberst.	4	202 B
Magdeb. Wittenb.	4	31¼ B
Mainz-Ludwigsh.	4	101 B, 100¾ G
Mecklenburger	4	46¾-⅝ bz u G
Münster-Hammer	4	91¾ B
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	94 bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	46-46½ bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	127½-¼ bz
do. Litt. B.	3½	116⅛ G
Oest. Franz. Staat.	5	133½-¼-½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	29 B
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	52½ bz
Rheinische,	4	85⅞-½ bz
do. Stamm-Pr.	4	91 G
Rhein-Nahebahn	4	28 B
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	82½-¾ bz
Thüringer	4	103¾ B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116½ B
Berl. Handels-Ges.	4	82 B
Braunschw. Bk. A.	4	68 B
Bremer do.	4	97 G
Coburg. Kredit-do.	4	45½ B
Danzig. Priv. Bk.	4	86 B
Darmstädter abgst.	4	75½ bz u G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93¾ G
Dessauer Kredit-do.	4	8-7½-8 bz
Dessauer Landesbk.	4	15½-14½ bz
Disk. Comm. Anth.	4	83¾-½ bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	23¾ B
Geraer do.	4	70 G
Gothaer Priv. do.	4	69 B
Hannoversche do.	4	91½ B
Königsb. Priv. do.	4	84 G
Leipzig. Kredit-do.	4	63⅜ G
Luxemburger do.	4	79⅛ B
Magdeb. Priv. do.	4	79 B
Meining. Kred. do.	4	67½ bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	79½ G
Oestr. Kredit- do.	5	61¾-62 bz
Pomm. Ritt. do.	4	59 bz
Posener Prov. Bank	4	80 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	128¼ B
Rostocker Bank Akt.	4	103 G
Schles. Bank Verein	4	80½ bz
Thüring. Bank-Akt.	4	52 G
Vereinsbank, Hamb.	4	97¼ G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	75 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	97 G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	63⅞ bz
Hörder Hüttenv. Ak.	5	66 G
Minerva, Bergw. A.	5	19 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	2½ bz u G p. St.
Concordia	4	102½ B [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	375 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82 G
do. II. Em.	4	81½ G
do. III. Em.	4½	85¼ B
Aachen-Mastricht	4½	58½ B
do. II. Em.	5	51¾ bz
Bergisch-Märkische	5	— —
do. II. Ser.	5	102 bz IV. 99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	74¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	83½ G
do. II. Ser.	4½	91½ G
Berlin-Anhalt	4	96¼ B
do.	4½	100¾ B
Berlin-Hamburg	4½	— —
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	92¾ G
do. Litt. C.	4½	100 G
do. Litt. D.	4½	99 B
Berlin-Stettin	4½	101½ G
do. II. Em.	4	87 B
do. III. Em.	4	86¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101¼ G
do. II. Em.	5	103 B
Cöln-Minden	4	87¼ G
do. III. Em.	4	84¼ B
do.	4½	92¾ B
do. IV. Em.	4	82¾ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	84 B
Magdeb. Wittenb.	4½	92 G
Niederschles. Märk.	4	92¾ G
do. conv.	4	92¾ G
do. conv. III. Ser.	4	88¼ G
do. IV. Ser.	5	102⅛ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¼ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80 B, C — —
do. Litt. D.	4	87½ G
do. Litt. E.	3½	74¾ G
do. Litt. F.	4½	93 bz
Oestreich. Französ.	3	251½ G
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	I. — —, II. —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85 G
do. v. Staatgarant.	3½	80½ bz
Rheinische Pr. Obl.	4½	89 B
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	— —
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	98¼ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101⅛ bz
Staats Anl. 1859	5	105¾-⅞ bz
do.	4½	101⅜ bz
do. 1856	4½	101⅜ bz
do. 1853	4	96¾ G
N. Präm St A 1855	3½	117 bz
Staats-Schuldsch.	3½	86⅞ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	85 G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101⅛ G
do. do.	3½	83⅛ G
Berl. Börsenh. Obl.	5	102½ B
Pfandbriefe: Kur-u. Neumärk.	3½	88⅝ bz
do.	4	99½ G
Ostpreußische	3½	84 bz
do.	4	— —
Pommersche	3½	87¾ bz
do. neue	4½	96½-¾ bz
Posensche	4	100¾ G
do.	3½	95 G
do. neue	4	90⅞ bz
Schlesische	3½	88 G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	83¾ bz
do.	4	92½ bz
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	96 bz
Pommersche	4	95½ bz
Posensche	4	93¼ bz
Preußische	4	94¼ G
Rhein- u. Westf.	4	94¾ bz
Sächsische	4	95⅞ G
Schlesische	4	95½ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48½ bz
do. National-Anl.	5	56⅜ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	66¾ G
do. neue 100fl. Loose	—	52¾ bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	92¼ G
6. do.	5	101¼ G
Englische Anl.	5	103 G 4½% 90⅝
N. Russ. Egl. Anl.	3	61¾ bz u G [G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	82⅞ bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93¼ G
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in S R.	4	87 G
Part. O. 500 Fl.	4	92⅜ bz
Oestr. 5proz. Loose	5	65⅛ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	86½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47¼ bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¾ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	93½ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 4⅝ G
Louisd'or	—	109 G
Sovereigns	—	6. 19¼ G
Napoleonsd'or	—	5. 8¾ bz u B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	455 G
Dollars	—	1. 10⅞ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 B
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅝ bz u B
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	73¼ bz
Poln. Bankbillet	—	89⅛ bz u G

Wechsel-Kurse vom 20. Novbr.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141⅝ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150⅛ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 18 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 bz
Wien öst. W. 8 T.	—	73⅜ bz
do. do. 2 M.	6	72½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ bz
do. do. 2 M.	4	99⅛ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	98¾ G
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	89 bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Der ganze Verlauf der heutigen Börse war matt und die Tendenz hatte eher eine ungünstigere Färbung.

Breslau, 21. November. Bei geringem Geschäft war die Börse matt und die Kurse rückgängig.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 61⅞ bz. Schlesischer Bankverein 79¾ bez. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 85¼ Br. dito 4. Emiss. —. dit. Prior. Oblig. 87½ Br. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Priorit. —. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn —. Mecklenburger —. Neisse-Brieger 51½ Br. Oberschlesische Lit. A. u. C. 128 Br. dito Lit. B. 115¾ Gd. dito Prior. Obligat. 87 11/12 Br. dito Prior. Oblig. 93⅓ Br. dito Prior. Oblig. 74½ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 29¼ Br. Rheinische —. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 38¾ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. 80½ Br.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Mittwoch, 21. November, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Geschäftsstille. Fonds und Aktien fast unverändert.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 116¾. Preuß. Kassenscheine 105. Ludwigshafen-Berbach 133½. Berliner Wechsel 105. Hamburger Wechsel 88⅛. Londoner Wechsel 117⅛. Pariser Wechsel 93. Wiener Wechsel 85½. Darmstädter Bankaktien 190. Darmstädter Zettelbank 235¼. Meininger Kreditaktien 66½. Luxemburger Kreditbank 80. 3% Spanier 47⅜. 1% Spanier 39⅞. Span. Kreditbank Pereira 495. Span. Kreditbank v. Rothschild 482. Kurhess. Loose 47½. Badische Loose 53¾. 5% Metalliques 46½. 4½% Metalliques 41. 1854er-Loose 65½. Oestr. National-Anlehen 55. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 236. Oestr. Bankantheile 647. Oestr. Kreditaktien 144½. Neueste östreichische Anleihe 65½. Oestr. Elisabethbahn 131. Rhein-Nahebahn 28¾. Mainz-Ludwigsh. 101⅛.

Hamburg, Mittwoch, 21. November, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Zu gewichenen Kursen fest.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 56½. Oestr. Kreditaktien 61½. 3% Spanier 45. 1% Spanier 38. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 80½. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.